Die Zukunft.

Socialistische Revue.

Herausgegeben unter Mitwirkung von

A. Bebel, J. Ph. Becker (Genf), E. Bernstein, Louis Bertrand (Brüssel), W. Blos, W. Bracke, E. Bruck, Dr. K. Brunnemann, Dr. Ludw. Büchner, B. Collin (Basel), J. Dietzgen, Dr. A. Douai (Irvington, U. S.), Dr. A. Dulk, H. W. Fabian, L. Frankel (Budapest), A. Freeman (Wien), A. Geib, Br. Geiser, Dr. Gnocchi (Mailand), H Greulich (Zürich), P. Grottkau (Chicago), Jules Guesde (Paris), W. Hasenclever, Max Kayser, R. Hirsch, P. Lawroff (Paris), Dr. M. Lehn, W. Liebknecht, Jacquette Liljenkrantz (Kopenhagen), Dr. Bol. Limanowski (Lemberg), P. Lossau, B. Malon (Lugano), Joh. Most, M. Neisser, Dr. de Paepe (Brüssel), Dr. Prowe, Dr. M. Ratkowsky (Wien), E. Reinthal (Graz), M. Rittinghausen, Reinh. Rüegg (Zürich), Ed. Sack, A. Scheu (Edinburgh), Max. Schlesinger, Dr. med. Stamm, Dr. Geo. Stiebeling (New-York), G. Vollmar, L. Viereck, Dr. F. Wiede (Zürich), J. Zuppinger (Baden, Schweiz).

Erster Jahrgang. **Heft 20.** 15. Juli 1878.

Inhaltsverzeichniß.

Die Bestimmungsgründe des Preises unter der socialistischen Produktionsweise. Von Maximilian Schlesinger 602
Wilhelm Weitling und sein System der Harmonie und Freiheit (Schluß) 606
Die schweizerische Reformtheologie und die sociale Frage 616
Gegen die P.oportional-Vertretung. Von Max Kayser 624
Recensionen 627
(Statist. Jahrbuch der Stadt Berlin. 4. Jahrg. Von R. Böckh. — E. Eberty, Die Aufgaben der Berliner Communalverwaltung und die Erhöhung der städtischen Steuern. — Ernst Engel, Die industrielle Enquête und die Gewerbezählung im deutschen Reich. — Christoph Wild, Das Neueste über die Social-Demokraten.)

Berlin SO., 1878.

Verlag der Allgemeinen Deutschen Associations-Buchdruckerei
(Eingetragene Genossenschaft)
Kaiser Franz-Grenadier-Platz 8a.

Einzelne Nummern der „Zukunft" kosten 30 Pf.

Die Bestimmungsgründe des Preises
unter der socialistischen Productionsweise.

Von Maximilian Schlesinger.

Wenn man sich unbefangen in die socialistische Organisation des Gesellschaftskörpers hineindenken will, so bietet die Vorstellung aller Verhältnisse, unter denen sich dermaleinst der Austausch der Werthe vollziehen soll, nicht geringe Schwierigkeiten. Es darf uns daher nicht Wunder nehmen, wenn wir sehen, daß selbst durchaus wohlwollende Männer, überwältigt von der Schwierigkeit, auf rein *idealer* Grundlage *reale* Gebäude, wenn auch nur in der Phantasie, zu construiren, zu dem Schlusse gelangen, die *Schwierigkeit* für eine *positive Unmöglichkeit* zu erklären. Die Beschaffenheit der herrschenden Zustände ist uns bekannt, es fehlt uns aber ein sicheres Urtheil über die Gestaltung der neuen Zustände, von denen uns bis jetzt nur die Basis gegeben ist; wir sind also wohl oder übel genöthigt, das bisher noch Ungewußte der Zukunft an den analogen Einrichtungen der Gegenwart zu messen und uns überall da mit den Functionen des heutigen Staatskörpers zu behelfen, wo wir deren Ersatz noch nicht ausreichend festgestellt haben. Hierin liegt offenbar ein Keim vieler Irrthümer und Mißverständnisse, denen am besten dadurch vorgebeugt würde, daß man sich der Weiterführung des socialistischen Gedankens überall da enthielte, wo derselbe, anstatt durch die logische Deduction, durch die phantastische Speculation gestützt wird.

Wir wollen nun, gemäß diesem Grundsatze, den Versuch machen, einen der ökonomischen Factoren in seinen Veränderungen zu beobachten, die er unter der von uns erstrebten Productionsweise nothwendig erfahren müßte.

Viele unserer wissenschaftlich gebildeten Gegner, und gewiß die schlechtesten nicht, erklären es für unmöglich, in der socialistischen Gesellschaft einen richtigen Maßstab für die Bestimmung der *Preise* aller Waaren zu finden. Wenn man das Risico beseitigen und gleichzeitig die Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage bis zu einem gewissen Grade aufheben will, so fällt das heutzutage ausschlaggebende Moment für die Bestimmung der Preishöhe fort, und man ist genöthigt, ein anderes Moment ausfindig zu machen. Dieses kann man, wie gegnerischerseits ausgeführt wird, nicht mehr in dem freien Verhältniß der Producenten zu den Consumenten finden, sondern nur noch in der eigenmächtigen Verfügung der Staatsgewalten. Der Popanz Staat würde alsdann, nach Gutdünken, vielleicht auch nach Anhörung der Interessenten, die Preise festsetzen, und der vielgefürchtete Zwang wäre zur Herrschaft gelangt. Dieser Zwang, so philosophiren unsere Gegner weiter, würde aber auch erhebliche ökonomische Nachtheile mit sich führen; man würde z. B. nach einer guten Ernte den Preis des Getreides sehr niedrig festsetzen und sämmtliche Vorräthe schnell verzehren, um bei einer darauf folgenden Mißernte eine Hungersnoth

entstehen zu sehen. Heute sei man vor einer derartigen Eventualität so gut wie gesichert. Die Speculation bemächtige sich der Bodenerzeugnisse und verhindere selbst nach den besten Ernten ein übermäßiges Sinken der Preise, da sie, in der Erwartung einer nachfolgenden geringeren Ernte, die Vorräthe vom Markte nehme, einen Ausgleich der Preise bewirke, und, während sie ihren Trägern Profit bringe, zugleich der gesammten Bevölkerung unschätzbare Dienste leiste. — So ungefähr lauten die Bedenken bedeutender Oekonomen gegen die, wie sie meinen, „einseitige" Festsetzung der Preise unter der Herrschaft des Socialismus.

Um uns die Nichtigkeit dieser Einwendungen klar machen zu können, müssen wir mit einigen Worten die Theorie vom Preise darlegen. Wir bedienen uns hierzu am besten eines privatwirthschaftlichen Vorganges, weil im Gebiete der Einzelwirthschaft alle Factoren, die auf den Preis Einfluß ausüben, deutlich erkennbar sind, während sie in volkswirthschaftlichen Transactionen vielfach verwischt und verdunkelt werden.

Der Kaufmann, der sich mit seinen Waaren in die Wildnisse von Nordamerika begeben, um mit den dort lebenden Jägern Handelsbeziehungen anzuknüpfen, vollzieht einen einfachen Tausch, wobei der den Weltmarkt beherrschende Tauschwerth: Geld keine Rolle spielt. Er giebt seine Waaren: Gewehre, Munition, Thee, Zucker u. s. w. hin und empfängt dafür die Waaren des Jägers: Pelzwerk. Wodurch wird wohl hier das Austauschverhältniß, das Waarenquantum, welches einem bestimmten Quantum anderer Waaren gleichwerthig erachtet wird, bestimmt? Offenbar berechnet der Kaufmann sorgfältig, wie hoch der Kostenwerth seiner Waare am Orte des Tausches ist, indem er ihren Anschaffungspreis und die Reisespesen zusammenrechnet. Sodann wägt er den Verbrauchswerth der einzutauschenden Waaren ab, für den er einen Maßstab in ihrem Marktpreise findet. Auf Grund dieser doppelten Schätzung vollzieht er den Austausch. Ebenso verfährt der Jäger. Er schätzt den Kostenwerth seiner Pelze ab, d. h. die auf ihre Erlangung verwandte Mühe, sowie den Gebrauchswerth, den die Waaren des Kaufmanns für ihn haben, und entschließt sich auf der Grundlage dieser Prüfung zur Vollziehung des Tausches. — Es kann jedoch hier noch ein Umstand eintreten, der diese Berechnungen beeinflußt. Wenn der Kaufmann wahrnimmt, daß z. B. Pulver von den Jägern stärker begehrt wird, als andere Waaren, weil er in dem Verhältniß zu dem zeitweiligen Bedarf davon zu wenig mitgebracht hat, so wird er für Pulver verhältnißmäßig mehr Pelzwerk eintauschen können, als für seine anderen Handelsartikel. Ebenso wird der Jäger, welcher gewahrt, daß gewisse Pelzsorten, z. B. Biberfelle, Zobelfelle, von dem Kaufmann mit Vorliebe gekauft werden, weil sie gerade anderweitig schwer zu bekommen sind, für diese ein größeres Quantum Waaren erlangen, als für andere Felle, deren Erbeutung ihm keineswegs geringere Mühe verursacht hat.

Wir finden somit, daß es drei Momente sind, die als Bestimmungsgründe des Preises (d. h. des Quantum Waaren einer Art, das im Austausch für ein Quantum Waaren anderer Art gegeben, resp. empfangen wird) wirken:

1) Die Selbstkosten, richtiger die zum Zwecke der Besitzergreifung oder Herstellung aufgewandte Arbeit;
2) der Gebrauchswerth;
3) die Seltenheit.

Diese drei Bestimmungsgründe des Preises sind im privatwirthschaftlichen Verkehr stets in Kraft. Im volkswirthschaftlichen Leben verlieren sie dagegen zum Theil ihre Wirkung. Auf dem Weltmarkt werden zumeist nur solche Waaren gehandelt, die sich beliebig vermehren lassen, auf deren Preis also die Seltenheit keinen Einfluß ausüben kann. Auch

der Gebrauchswerth dieser Waaren ist fast gar keinen Schwankungen unterworfen, so daß derselbe eine Aenderung des Preises nicht herbeiführen kann. Es bleibt somit nur die zur Erzeugung einer Waare erforderliche Arbeit als Bestimmungsgrund des Preises übrig. Da das Fabrikat des einen Industriezweiges der Rohstoff des anderen wird, und der jeweilige Preis stets durch die in der Waare enthaltene Arbeit bestimmt wird, so kann man dies Verhältniß auch prägnant bezeichnen: der Preis der Waare wird bestimmt durch ihre Herstellungskosten. Natürlich können die anderen beiden Bestimmungsgründe ebenfalls ihren Einfluß ausüben. Der Gebrauchswerth einer Waare kann sich plötzlich verändern. Wenn das Rüböl von einem gewissen Zeitpunkte an nicht mehr zur Beleuchtung dient, weil das Erdöl hierfür geeigneter erscheint, so fällt sein Preis; wenn dagegen das Erdöl, das bislang nur zur Beleuchtung verwandt wurde, fortan auch zur Beheizung oder zu medicinischen Zwecken tauglich erscheint, so steigt sein Preis. Ebenso kann plötzlich eintretende Seltenheit einer Waare ihren Preis erhöhen, und ihr Gegentheil, allzu häufiges Vorhandensein, hervorgerufen durch Ueberproduction, denselben vermin- — im Allgemeinen aber, d. h. abgesehen von diesen Störungen, richtet sich der Preis ausschließlich nach den Herstellungskosten und hat daher — unter dem Druck der freien Concurrenz — die Tendenz, sich den Herstellungskosten gleichzustellen.

Dieses Gesetz wird, ein seltener Fall! von allen Oekonomen der verschiedenen Richtungen übereinstimmend anerkannt. Wenn es trotzdem einigen der liberalisirenden Herren Oekonomen, welche sich unumwunden zu der hier entwickelten Lehre vom Preise bekennen, beliebt, die Richtigkeit des sogenannten ehernen ökonomischen Lohngesetzes zu bestreiten, so übersehen sie dabei — man möge uns diese Abschweifung verzeihen — daß dieses von Turgot zuerst aufgestellte Gesetz nichts ist als eine specielle Anwendung der Theorie des Preises. Wenn der Preis die Tendenz hat, sich den Herstellungskosten gleichzustellen, so besitzt er diese Neigung auch als Preis der Waare Arbeitskraft, d. h. als Arbeitslohn. Er nähert sich stets den Herstellungskosten dieser Waare, nämlich er entspricht stets dem Quantum von Gebrauchswerthen, dessen der Besitzer der Waare bedarf, um seine Waare zu erzeugen, — er entspricht also den nothwendigen Lebensbedürfnissen. Und da von den sonstigen Bestimmungsgründen des Preises der Gebrauchswerth hier fast immer fortfallen muß (oder vielmehr nur bei technisch und individuell besonders begabten Arbeitern den Lohn erhöhen kann), die Seltenheit dagegen in Folge der beständigen Vermehrung der Bevölkerung nur negativ wirkt, — so ergiebt sich die Richtigkeit des Marx'schen Satzes, dem auch Brentano consequent beitritt: daß der Arbeitslohn die Tendenz hat, beständig unter das Niveau der Lebensnothdurft zu fallen, den standard of life des Arbeiters, seine Lebenshaltung, zu vermindern! —

Obgleich der Preis der Waaren, gemäß obiger Ausführungen, eigentlich im Allgemeinen stagniren müßte, so ist er doch heute auf dem Weltmarkt sowohl als im Kleinverkehr beständigen Schwankungen unterworfen. Da die Production von Waaren heute in das Belieben jedes Einzelnen gesetzt ist, der im Besitze des Monopols ist, Kapital zu haben, so ist die Erzeugung der Güter vollständig planlos und entspricht fast niemals den Bedürfnissen der Gesellschaft. Gewöhnlich werden mehr Waaren auf den Markt geworfen, als der augenblicklichen Kaufkraft des Volkes entspricht; mitunter ist die Production eine zu geringe. Die Planlosigkeit der Organisation der modernen Gesellschaft ist also schuld daran, daß der Factor „Seltenheit" häufig genug als Bestimmungsgrund des Preises in Function

treten kann. Sodann ist die Wirkung, welche die drei Factoren je nach ihrer jeweiligen Kraft auf den Preis ausüben, durchaus nicht allgemein erkennbar. Der Privatmann, der irgend einen Gegenstand kaufen will, ist fast niemals im Stande, den augenblicklichen Durchschnittspreis genau zu wissen. Er muß, wenn auch unbewußt, die Schätzung des Preises selbst vornehmen, und da er hierbei leicht über das jeweilige Verhältniß der drei Bestimmungsgründe sich täuschen oder getäuscht werden kann, so existirt gegenwärtig aller Orten eine gewaltige Verschiedenheit aller Preise.

Wie würde nun die Sachlage im Staate der socialistischen Production sein? Wir haben hier einen Staat im Auge, der die gesammte Production genossenschaftlich organisirt hat, in welchem also die einzelnen Branchen einen Centralverband von verschiedenen kleineren Untergenossenschaften bilden, die durchaus selbständig in Bezug auf ihre Zusammensetzung arbeiten, und wo die verschiedenen Centralverbände einen Gesammtverband bilden, der eben der Staat selbst ist. Einen Staat, der in Productiv-Associationen einerseits, d. h. in solche, die sich mit der Herstellung der Waaren befassen, und in Consum-Associationen andererseits zerfällt, d. h. in solche, die die producirten Waaren den Staatsbürgern zugänglich zu machen haben, die also den Productivassociationen ihre Producte für einen bestimmten Preis abnehmen und dem Consumenten zu einem festgesetzten Preise vermitteln. Es wird für unsere Frage hierbei nicht in's Gewicht fallen, ob die Productivgenossenschaften vollständig centralistisch geleitet sind, oder ob sie frei nebeneinander bestehen, — dagegen müssen die Consumgenossenschaften unserer Anschauung nach centralisirt sein. Die letzteren haben die Aufgabe, den Gesammtbedarf der Bevölkerung zu ermitteln und danach den Productivgenossenschaften ihre Aufträge zugehen lassen. Dies könnte etwa nach Art der Submissionen der Gegenwart, natürlich ohne die Tendenz der Preisherabdrückung, erfolgen. Eine speziellere Ausführung dieser Vorschläge müssen wir hier unterlassen, da das Gesagte für Erörterung des Zweckes, um den es sich hier handelt, genügt.

Welche Rolle würden also die Bestimmungsgründe des Preises in dem genossenschaftlich organisirten Staaatswesen spielen? Von vornherein ist es klar, daß das Moment der *Seltenheit* fortan, sowohl nach seiner positiven, als negativen Richtung gänzlich ausscheiden würde. Für die *negative* Seite liegt dies auf der Hand, da bei planvoller Leitung der Gewerbe Ueberproduction unmöglich wird. Die *positive* Wirkung aber ist heut nur eine Folge des Monopols, das mit dem Gemeinbesitz von Grund und Boden, sowie der Productionsmittel aufgehoben würde. Verringert sich die Ergiebigkeit irgend eines natürlichen Productionsmittels, so kann man die Folgen dieser Erscheinung für die Höhe der Preise freilich nicht aufheben, aber man wird dann nicht eine Wirkung der Seltenheit zu constatiren haben, sondern eine Wirkung des Umstandes, daß das zur Herstellung einer Waare erforderliche Quantum Arbeit gestiegen ist, — man wird also hier eine Wirkung der Herstellungskosten vor sich haben.

Der Einfluß des *Gebrauchswerths* würde auf ein Minimum reducirt werden. Die kolossalen Preisschwankungen der Gegenwart sind, wie bereits oben gesagt wurde, hauptsächlich nur eine Folge der Täuschung, in welcher das Publikum theils absichtlich, theils zufällig erhalten wird. Die Zufuhren werden heut oft durch künstliche Mittel abgeschnitten, die Nachfrage gesteigert, das Verlangen nach einer Waare, und somit auch scheinbar ihr Gebrauchswerth erhöht. Die listigen Vorspiegelungen der Schacherer bedingen vielfach die größeren Preise. Alle diese Mittel, höhere Preise zu erzielen, wird man künftig von sich weisen, und dem Gebrauchswerth nur denjenigen Einfluß belassen, der ihm gebührt.

Nur dann, wenn thatsächlich die Verwendungszwecke einer Waare sich plötzlich vermindern, wird auch eine Verringerung der Production und möglicherweise eine vorübergehende Verminderung des Preises eintreten müssen. Eine plötzliche Erweiterung der Verwendungszwecke einer Waare kann jedoch eine Preiserhöhung nicht bedingen, sondern nur die Wirkung eines der Gesammtheit gleichmäßig zu Gute kommenden Culturfortschritts haben. —

Bleibt nur noch der letzte, auch heut schon ausschlaggebende Bestimmungsgrund des Preises — die Arbeit, die Herstellungskosten. Nach diesem wird das Austauschverhältniß der Waaren geregelt werden müssen. Die Feststellung der Preise wird somit nur geringe Schwierigkeiten verursachen können, da man lediglich die Arbeitenden für ihre aufgewandte Mühe zu entschädigen hat. Von einem „Zwange" kann nicht gut die Rede sein, die Interessenten selbst werden dafür Sorge zu tragen wissen, daß ihre „Freiheit" nicht gefährdet wird. Wir verweisen hier nur auf den bekannten Vorschlag, derartige Feststellungen einem „Gewerbeparlament", d. h. einem von den Betheiligten frei gewählten Collegium von Sachverständigen zu übergeben. Dieses Gewerbeparlament wird auch darüber zu wachen haben, daß die Eingangs erwähnte Befürchtung bezüglich der Getreidepreise zu Schanden werde. Da die Vorräthe der einen Ernte stets bedeutend länger dauern, als bis zum Beginn der anderen, so ist es ein Leichtes, die nachtheiligen Folgen eines schlechten Ausfalles durch eine rechtzeitige Erhöhung der Preise, also gleichzeitig durch eine Verringerung der Consumtion zu verhüten. Wir wollen hier durchaus keinen Wechsel auf die Zukunft ziehen, indem wir etwa behaupten, — so wahrscheinlich dies auch ist — daß man mit der Zeit die Witterung und ihre Einflüsse wird vorausbestimmen lernen, davon sind wir indeß fest überzeugt, daß ein derartiges Gewerbeparlament auch einer Verschleuderung der Bodenerzeugnisse wird vorbeugen können *).

Freilich — schon der Gedanken daran, daß die Preise einseitig oder, wenn man will, auch willkürlich, bestimmt werden sollen, daß die Wirkung von Angebot und Nachfrage, die gesammte Schacherei der Gegenwart, von ihrem Throne geworfen werden sollen, erregt das Entsetzen unserer Manchestermänner. Aber fordern wir denn etwas so Unerhörtes? Herrschen denn heut Angebot und Nachfrage unumschränkt? Blicken wir nur um uns, und wir gewahren, daß allenthalben ihre Stützen wankend geworden sind!

Ueberall da, wo der Staat die Production in die Hand genommen hat, hat er auch von der sonst üblichen Festsetzung des Preises nach dem freien Ermessen der Tauschenden Abstand nehmen müssen, hat er seine Preise einseitig festgesetzt.

Die Post des Staates fordert für jeden Brief 10 Pf., für jedes Packet 25 Pf., und auch dem eifrigsten Propheten des laissez aller fällt es nicht ein, sich bei Bezahlung seiner Correspondenz-Spesen auf's Handeln zu legen. Der Eisenbahnverwaltung ist es ganz gleichgiltig, wie hoch der Werth ist, den der Passagier auf die Benutzung ihrer Züge legt. Sie fordert von dem Arzte, der zu einen Todtkranken gerufen wird und erforderlichen Falls die höchsten Opfer für die Beförderung seiner Person bringen würde, keinen höheren Preis, als der Vergnügungsreisende, der sich nur durch die Billigkeit bewogen fühlt, Eisenbahn zu fahren, für die gleiche Strecke erlegen muß. Sie verzichtet auf die Ausnutzung aller

*) Lassalle führt übrigens im Bastiat-Schulze aus, daß nach jeder guten Ernte heut die Getreidepreise weit tiefer fallen, als eigentlich gerechtfertigt ist, sowie daß sie nach einer schlechten Ernte übertrieben steigen. Sonach würde die planvolle Leitung der Zukunft nicht die Eingangs erwähnte Befürchtung zu nichte zu machen haben, sondern sich nur hüten müssen, einen Fehler, der in der gegenwärtigen Gesellschaft trotz aller Speculanten begangen wird, zu wiederholen.

Chancen, aus denen das Großkapital seine Risicoprämien herausschlägt.

Ja, der Staat geht noch weiter, er greift auch in das Gebiet der Privatthätigkeit über. Er verbietet einer zahlreichen Kategorie von Arbeitern, die Preise ihrer Dienstleistungen selbst zu bestimmen, indem er Taxen für die Dienstmänner, Droschkenkutscher, Fährleute u. s. w. festsetzt. Und die Vertheidiger der „Freiheit des Individuums" finden diese Staatshilfe höchst löblich.

Nun wohl, wenn einmal eine Staatsverwaltung, deren leitendes Princip die Gerechtigkeit gegen die Glieder des Staates ist, nach reiflicher Prüfung der Bedürfnisse des Producenten und Consumenten die Preise aller Waaren geordnet haben wird, wenn sie damit eine Hauptquelle des Schwindels verstopft und die segensreichsten Wirkungen erzeugt haben wird, dann wird man sich verwundert fragen, wie es möglich war, daß eine derartige planvolle überlegte Organisation auf erbitterten Widerstand stoßen konnte? — Und hierauf wird man keine Antwort finden!

Wilhelm Weitling und sein System der Harmonie und Freiheit.

(Schluß.)

Weitling ist weit entfernt, sein System der kommunistischen Gesellschafts-Organisation für etwas Vollkommenes auszugeben; „in einer gut organisirten Gesellschaft" sagt er, „giebt es nur ein bleibendes Gesetz, das des Fortschritts, welches das Naturgesetz der Gesellschaft ist." Als Zweck jenes Organisationsplans giebt er an, alle persönlichen Interessen in ein allgemeines Interesse zu verschmelzen und den größten Genies die Leitung der Gesellschaft zu überweisen.

Der Zweck der kommunistischen „Verwaltung" ist: den Austausch der „Fähigkeiten und Begierden" der Individuen nach den Naturgesetzen zu leiten, d. h. nach unsern Sprachgebrauch, die Regierung hat den Zweck, Production und Consumtion zu regeln und dem Einzelnen seinen Antheil an Pflicht und Genuß zuzuweisen. Es wird sich später zeigen, daß damit keineswegs eine zuchthausmäßige Gleichmacherei angestrebt wird, wohl aber sollen den Regierenden keinerlei Vorrechte zustehen; „das wichtigste Amt", sagt er, „darf nicht mehr eintragen als das letzte, und das letzte nicht weniger als das erste".

Wenn, wie oben gesagt worden ist, den größten Genies die Leitung obliegen soll, so ist damit der Wissenschaft eine hervorragende Rolle in der Weitling'schen Organisation zugewiesen. Allerdings nicht der ganzen heutigen Wissenschaft, denn es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß z. B. von der Wissenschaft unserer Juristen und Theologen im Zukunftsstaat kein Gebrauch gemacht werden könnte. Die Wissenschaften sind nothwendige, d. h. solche, ohne welche ein Stillstand im gesellschaftlichen Fortschritt eintreten würde, nützliche, deren Ideen sich zum Wohle der Gesellschaft verwirklichen lassen, und angenehme, welche Bequemlichkeit, Vergnügen und Unterhaltung fördern. Ueberdem wird jeder Zweig der Arbeit auf dem Höhepunkt seiner Vervollkommnung, wo er den Ideen einen Wirkungskreis gewährt, zur Wissenschaft.

Um seine Organisation lebensfähig zu machen, hält Weitling zwar eine Diktatur für nöthig, er verwirft sie aber für vollständig geordnete Verhältnisse; die Monarchie hält er für eine ungeeignete Regierungsform, aber auch die Regierung einer republikanischen Wahlmehrheit findet vor ihm keine Gnade.

Wenn man bedenkt, daß die erste Auflage der „Garanticen" schon 1842 erschien, so darf man mit Recht staunen über die Klarheit, mit welcher Weitling die Nichtigkeit des parlamentarischen Regiments erkannt hat. Er weist an vielen Beispielen nach, daß nach diesen System in der Regel Minoritäten zur Herrschaft kommen,

und, was schlimmer ist, wie durch dasselbe nicht entfernt die Garantie gegeben wird, daß auch immer die Befähigtsten zur Leitung der Geschäfte berufen werden.

Von dem Princip der directen Gesetzgebung durch das Volk scheint Weitling gar keine Kenntniß gehabt zu haben, obwohl er die Richtigkeit desselben gefühlt hat, denn er sagt an einer Stelle: „Ja, wenn man über Grundsätze abstimmen ließe, die durchgeführt werden sollen, so würde die große Masse schon die richtigen herausfinden, wenn solche ihr vorgeschlagen würden".

Er kommt auch nicht auf den Gedanken, daß durch den allgemeinen Fortschritt, welcher eine Folge der kommunistischen Gesellschaftsordnung sein würde, die einzelnen Individuen auf einen unendlich höheren Standpunkt der Vollkommenheit in geistiger und sittlicher Beziehung zu bringen sein würden als jetzt, sondern folgert aus den schlechten Resultaten, welche bei Wahlen in der alten Gesellschaft zu Tage treten, daß dem immer so sein müsse.

Um einerseits der Stellenjägerei, d. h. dem Hervortreten von persönlichem Ehrgeiz oder Herrschsucht (von pekuniären Sonderinteressen könnte im Zustande der Gemeinschaft nicht mehr die Rede sein) ein Ende zu machen, andererseits aber auch die Garantie zu schaffen, daß nur befähigte Leute zur Gesetzgebung und Verwaltung berufen werden, wird die Erlangung aller höheren Aemter, welche wissenschaftliche Befähigung erfordern, von einer Fähigkeitsprobe abhängig gemacht, bei welcher in den Fällen, wo das möglich ist, die Persönlichkeit der Bewerber bis nach vollzogenem Wahlakt unbekannt bleibt. Die Verwaltungs- und Gesetzgebungskörper sind also eigentlich Commissionen von Sachverständigen. Die Gruppirung dieser Sachverständigen-Commissionen, die zunächst von der Diktatur einzusetzen wären, und die sich dann später nach einem aufgestellten Reglement ergänzen, ist folgende: Die höchste gesetzgebende Körperschaft, die aber auch eine prüfende, berathende und entscheidende Mission hat, und die er Centralmeister-Compagnie nennt, wählt die höchste vollziehende Gewalt, das Trio oder den Dreimänner-Rath; der große Werksvorstand bildet eine Art Ministerium für das Trio, seine Mitglieder gehören aber zugleich der Centralmeister-Compagnie an. Das wäre nach den landläufigen Begriffen ein Parlament, welches nicht blos jederzeit in die Exekutive eingreifen könnte, sondern auch zu gleicher Zeit die Exekutivbeamten (die Minister oder Angehörigen des großen Werksvorstandes) in seiner Mitte hätte; eine solche Einrichtung ließe sich schon denken, allein es ist nicht recht klar, welche Stellung hierbei die oberste Verwaltungsbehörde, das Trio, einnehmen soll. Als bloßes Ornament in der Staatsmaschinerie soll es nicht gelten, denn es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß die befähigtsten Personen in das Trio berufen werden sollen, einen angemessenen Wirkungskreis kann diese höchste Behörde zwischen der souveränen gesetzgebenden Versammlung und den großen Werksvorstand oder Ministerium aber nicht finden.

Die Sache wird aber noch viel verwickelter, wenn man bedenkt, daß diese Verwaltungskörper nicht durch Volksabstimmung gewählt, sondern durch eine Diktatur eingesetzt und dann in der Weise ergänzt werden sollen, daß Fähigkeitsproben entscheiden; es kann aber Jemand ein sehr geschickter Erfinder, ein genialer Philosoph, ein tüchtiger Arzt u. s. w., und doch ein sehr schlechter Verwaltungsbeamter oder Gesetzgeber sein. Ferner sollen alle Beamte und Gesetzgeber auf unbestimmte Zeit und zwar nur auf so lange eingesetzt werden, als sich nicht Jemand findet, der durch neue Entdeckungen u. s. w. die im Amte befindlichen Personen überflügelt; in diesem Falle sollen dieselben sofort abgesetzt und die neuen tüchtigeren Kräfte dafür eingesetzt werden; eine nach der Zeit begrenzte Amtsdauer giebt es nicht.

In derselben Weise wie die oberste gesetzgebende Versammlung und die höchsten Verwaltungsbehörden des „Familienbundes" werden auch in den einzelnen Bezirken ähnliche Corporationen durch Cooptation und Fähigkeitsnachweis gebildet, und nur die Zug- und Werkführer sowie alle Beamte, welche keine besonderen wissenschaftliche Kenntnisse nöthig haben, werden von den verschiedenen Arbeitersectionen aus ihrer Mitte gewählt, entweder durch Wahlproben, durch's Stimmenmehr, durch's Loos, nach dem Alter, kurz, wie man darüber in den verschiedenen Gruppen übereinkommt.

Was die Befähigung der Frauen zu Aemtern aller Art betrifft, so ergiebt sich aus dem Umstande, daß die zu Wählenden nach den eingehenden Probearbeiten beur-

theilt und bis nach vollzogenem Wahlakt womöglich unbekannt bleiben sollen, schon von selbst die volle Gleichberechtigung der Frauen mit den Männern. Außerdem sind nach Weitling, wie wir noch sehen werden, die Frauen von der gesellschaftlichen Arbeit nicht ausgeschlossen, und so kann es für gewisse Branchen, welche ausschließlich von dem weiblichen Geschlecht betrieben werden, sogar Verwaltungssectionen geben, die nur aus Frauen bestehen.

Weitling verspricht sich von dieser „Organisation und Wahlreform", daß das wahre und nützliche Wissen wirklich regieren, der Einfluß der Schönrednerei aufhören, persönliches Sonderinteresse unterdrückt und ein ungeheurer Aufschwung in Erfindungen, Künsten und Wissenschaften ermöglicht werden soll.

Es würde sich nicht lohnen, an diesen Vorschlägen eine Kritik zu üben; dieselben sind viel zu unklar und flüchtig skizzirt, als daß sie großen Werth hätten. Daß dabei gewisse werthvolle Gedanken mit zu Tage gefördert sind, kann man anerkennen; im übrigen aber ist daran festzuhalten, daß sich mit fertigen Systemen Nichts anfangen läßt, daß man in ideale Zustände nicht hineinspringen kann, sondern daß die gesellschaftlichen Zustände sich in organischer Weise weiter entwickeln, daß die Fortschritte aus dem Bestehenden herauswachsen müssen.

Von unendlich höherer Bedeutung als Weitlings Wahlreform- und Verwaltungspläne sind die Ideen, welche er über die Organisation der Arbeit und den Austausch der Producte in seinem Buch niedergelegt hat. Was die Production anlangt, so geht Weitling, wie dies das bisher Gesagte schon ergiebt, von der Voraussetzung aus, daß die Wissenschaft jeder Art in ausgedehntester Weise der Arbeit dienstbar zu machen sei; hierzu kommt, daß die Industrie lediglich Sache des Staates ist, und so ergiebt sich die vollendetste Großindustrie mit Maschinen, Ausnutzung der Naturkräfte und Theilung der Arbeit. Nach den Prinzipien der Gerechtigkeit hat an dieser Arbeit jeder Arbeitsfähige Theil zu nehmen, und zwar in einem solchen Maße, daß auch den Nichtarbeitsfähigen eine menschenwürdige Existenz gesichert wird; dagegen hat jedes Gesellschaftsmitglied gleiche Ansprüche an die Genüsse des Lebens.

Der Unterricht in allen für die Gesellschaft nothwendigen und nützlichen Arbeiten, sowohl den mechanischen als den geistigen, wird in der „Schularmee" (von der später die Rede sein wird) ertheilt. Der Austritt aus der Schularmee in die Gesellschaft kann nur nach Ablegung eines Examens erfolgen. Die Wahl der Arbeit bleibt jedem Individuum überlassen. Die für Alle gleiche, allgemeine Arbeitszeit für die Production des Nothwendigen und Nützlichen wird nach Maßgabe der Consumtion Aller vom Trio berechnet und bestimmt. Daneben wird in ganz eigenthümlicher Weise für die Herstellung derjenigen Producte gesorgt, welche die Bedürfnisse des Angenehmen befriedigen, also gewissermaßen Luxusartikel sind.

Hauptaufgabe bei der Regelung von Production und Consumtion ist die Wahrung einer möglichst großen persönlichen Freiheit. Was man heute unter persönlicher Freiheit versteht, ist weiter Nichts als Unordnung, bei der allerdings Einige auf Kosten Vieler große Freiheit genießen; aber es waren bisher schon alle politischen und socialen Reformen Einschränkungen der Uebergriffe dieser Art, und es handelt sich bei Realisirung der kommunistischen Grundsätze um eine durchgreifende Regelung der persönlichen Freiheit, und zwar in der Weise, daß die Freiheit des Einzelnen unbeschränkt ist bis zu dem Punkte, wo sie anfängt, die Harmonie Aller zu stören. Diese Harmonie beruht darauf, daß Leistung und Genuß sich nicht blos im Ganzen, d. h. in der Weise ausgleichen, daß die Gesellschaft das produzirt, was sie verbraucht, sondern daß auch Pflicht und Recht der Einzelnen sich derart die Waage halten, daß das Individuum soviel als es selbst verbraucht, — dann aber auch noch den Antheil produzirt, welcher auf dasselbe zur Erhaltung der Arbeitsunfähigen entfällt.

Hierbei ist nicht an eine gleichmäßige Vertheilung der Arbeiten und Genüsse nach Zahl, Maaß und Gewicht zu denken, denn das würde zwar eine Gleichheit, aber keine vernunftgemäße Gleichheit sein und die Harmonie Aller stören.

Es ist deshalb zunächst festzuhalten, daß gewisse Dinge produzirt werden *müssen*, weil sie zur Existenz *jedes* Einzelnen und also auch der Gesammtheit *unentbehrlich* sind. Zur Herstellung dieser Dinge, die Weitling das *Nothwendige* und *Nützliche* nennt, muß allerdings jeder Arbeitsfähige etwas *Gewisses*, *Bestimmtes* leisten; dagegen giebt es gewisse

Producte, welche nicht Jeder, oder der Eine mehr als der Andere bedarf, (Weitling nennt sie die Producte des Angenehmen,) und zu deren Herstellung mitzuwirken kann der Einzelne nur insoweit gezwungen werden, als er sie genießen will.

Es entsteht nun die Frage, nach welchem Maßstab der Werth der Producte bestimmt, und mit welchen Hilfsmitteln der Austausch derselben bewerkstelligt werden soll?

Weitling hat, wie wir schon weiter oben gelegentlich hervorgehoben, ganz richtig erkannt, daß der Werth einer Sache durch die auf die Herstellung derselben verwendete Arbeitsmenge, in der Regel wenigstens, bestimmt wird; die Arbeitsmenge wird aber gemessen nach der zu ihrer Leistung durchschnittlich nöthigen Zeit, die Arbeitszeit ist also der Maßstab für den Werth der Producte. Als Grundlage für den Austausch der Producte müßte demnach die Arbeitszeit gelten, und wenn man die Bescheinigung über geleistete Arbeit, in Arbeitsstunden ausgedrückt, zum Tauschmittel macht, so vermeidet man jedes Mittelglied, welches sich, wie heute z. B. das Geld, fälschend zwischen Production und Consumtion eindrängen könnte; es kann Niemand einen Gegenstand, der z. B. den Werth einer Arbeitsstunde hat, consumiren, ehe er nicht einen andern Gegenstand in gleichem Werthe produzirt hat.

Darauf gründet sich nun das Folgende: Es ist vorausgesetzt, daß aller Grund und Boden, Gebäude, Maschinen und sonstige Arbeitsinstrumente, überhaupt Alles, was keinen augenblicklichen Gebrauchswerth für den Einzelnen hat, Gemeineigenthum ist. Die Verwaltung des communistischen Staates errichtet, den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechend, alle denkbaren Werkstätten, organisirt die Bebauung des Landes, berechnet das Bedürfniß des Consums in allen Branchen und bestimmt hiernach, wieviel Stunden täglich jeder Arbeitsfähige für die Herstellung des Nothwendigen und Nützlichen zu arbeiten hat. Da von den unmittelbar Produzirenden auch der Theil der Arbeit mit zu verrichten ist, welcher auf die Verwaltungsbeamten, Lehrer, Aerzte u. s. w. entfällt, so ist das Arbeitspensum entsprechend zu erhöhen, desgleichen um die Bedürfnisse der Kranken, Alten und sonst Arbeitsunfähigen zu decken. Die Unmündigen produziren in angemessener Weise ebenfalls, wie wir später sehen werden, und dürften ihre Bedürfnisse in der Hauptsache wohl selbst herstellen. Die Arbeitszeit der Beamten, Lehrer, Aerzte u. s. w. ist mit der der einfachen Arbeiter vollständig gleich. Um die in diesem Arbeitszwang liegende Beschränkung der persönlichen Freiheit möglichst zu mildern, kann in allen Geschäftszweigen, die ihrer Natur nach dies zulassen, dahin Bestimmung getroffen werden, daß jeder Einzelne einen nach der allgemeinen Arbeitszeit berechneten bestimmten Arbeitstheil nach Belieben liefern kann. Auf diese Weise kann in den meisten Branchen jedem Arbeiter eine gewisse täglich zu liefernde Qualität und Quantität von Arbeit bestimmt werden, was dazu beitragen wird, schnelles Arbeiten zu begünstigen und eine gewisse Freiheit des Einzelnen zu ermöglichen, da natürlich Jemand, der einmal einen Tag feiern will, sein versäumtes Arbeitspensum leicht während der nächsten Tage nachholen kann. Für diejenigen wenigen Geschäfte, welche eine tägliche regelmäßige Arbeitszeit von wenigen Stunden nicht zulassen, wie z. B. die Schifffahrt, sind besondere Bestimmungen zu treffen, auf welche wir noch zu sprechen kommen. Als wichtig ist hierbei noch in's Auge zu fassen, daß die Wahl der Arbeit den Einzelnen freisteht, was um so leichter zu bewerkstelligen sein muß, als bei der in's Auge gefaßten großen Theilung der Arbeit es sehr leicht sein wird, von einem Geschäft zum andern überzugehen.

Gegen die für Alle gleiche Arbeitsleistung erhalten die Arbeiter alles für das Leben Nothwendige und Nützliche, also Wohnung, Kleidung, Nahrung, Unterricht, Verpflegung in Krankheits- und Unglücksfällen u. s. w. Weitling macht hierüber nicht specielle und überhaupt ungenügende Angaben, indessen geht aus allem hervor, daß es keineswegs auf zuchthausmäßige Einrichtungen abgesehen ist; es läßt sich recht gut denken, daß auch bei dem Austausch der Arbeitsleistung für das Nothwendige und Nützliche gegen die nothwendigen Lebensbedürfnisse ein ähnliches System Platz greift, wie wir es nachstehend in Bezug auf den Austausch der Producte des Angenehmen aufgeführt finden.

Weitling faßt eine derartige Einrichtung auch für die Zeit des Ueberganges aus der alten in die neue Gesellschaft in's Auge, fürchtet aber davon, daß einzelne Individuen, um etwa ein paar Flaschen Wein mehr trinken oder sonstige der-

artige Genüsse sich verschaffen zu können, es bei sich selbst an dem Nothwendigen fehlen lassen könnten (indem sie z. B. in zerrissener oder schmutziger Kleidung einhergehen u. s. w.); das soll aber im Interesse des Einzelnen und der Gesammtheit nicht geschehen.

Um sich Gegenstände des Luxus zu verschaffen, Annehmlichkeiten oder Vergnügungen zu genießen, muß man nach Weitlings System Ueberstunden machen, er nennt sie „Commerzstunden". Es wird den Gegenständen des Luxus von Seiten der Verwaltung ein bestimmter Preis, in Arbeitsstunden ausgedrückt, gegeben, so z. B. eine goldene Kette von bestimmtem Gewicht und Feingehalt 50 Arbeitsstunden, eine Flasche Champagner 4 Arbeitsstunden, ein Musikchor aus 20 Mann bestehend auf 4 Stunden = 80 Arbeitsstunden u. s. w. Diese Preise werden bestimmt, zunächst, soweit die Gegenstände des Luxus sich beliebig herstellen lassen, nach den Kostenpreis, d. h. nach der zu ihrer Herstellung nöthigen Arbeitszeit, sodann, insofern es sich um Dinge handelt, die nicht beliebig hergestellt werden können, nach der mehr oder weniger großen Seltenheit derselben; hierbei würde also das Gesetz von Angebot und Nachfrage zur Geltung kommen.

Jedes Individuum erhält ein „Commerzbuch". Dasselbe enthält Portrait und Signalement des Inhabers, einen Bericht über jede bestandene Krankheit, Orts- und Wohnungsveränderungen, Wechsel der Geschäfts- und Arbeitergruppen. Endlich auf einer größern Anzahl Blätter eingedruckte Quadrate, welche dazu dienen, die Commerzstunden zu markiren. Diese Bücher dienen also an Stelle der Unzahl von amtlichen Scheinen und Papieren, welche heutzutage ein Erdenbürger nothwendig hat, vor allem aber als Geldbörse.

In jedem Magazin, jeder Restauration, überhaupt überall, wo Gebrauchsgegenstände verabfolgt werden, giebt es ein großes Commerzbuch, auf dessen Seiten, ebenso wie in den kleinen, Würfel eingedruckt sind.

Wöchentlich werden die gutgemachten Commerzstunden von dem Verwaltungspersonal in der Weise in die Commerzbücher eingetragen, daß soviel Würfel als Stunden gearbeitet worden sind, abgezählt und der letzte Würfel mit einem Stempel oder sonst auf geeignete Weise markirt wird.

Soll nun etwas gekauft werden, so legt der Käufer einfach sein Commerzbuch auf die Ladentafel, wo auch das Commerzbuch des Verkäufers liegt, und Käufer und Verkäufer stempeln sich gegenseitig soviel Zeit (in Stunden und Minuten) ab, als der gekaufte Gegenstand Werth hat.

Die Commerzbücher werden jährlich erneuert und es wird sich dann treffen, daß Viele noch eine größere Anzahl Commerzstunden offen, d. h. durch Austausch gegen Genußmittel noch nicht „verzehrt" haben; es werden aber nur eine gewisse beschränkte Anzahl von Commerzstunden in das neue Buch vorgetragen, woraus folgen wird, daß vor jedem Jahresabschluß, den man deshalb in eine geeignete Zeit verlegen muß, eine „lustige Zeit" statthaben wird. Man wird um diese Zeit auf Reisen gehen oder sich besonderen Lustbarkeiten hingeben, da man mit den vorgemachten Commerzstunden auch die regelmäßige Arbeitszeit für das Nothwendige und Nützliche ausgleichen kann.

Niemand erhält irgendwo ein Unterkommen und Verpflegung, außer in den Spitälern, wenn sein Commerzbuch nicht in Ordnung ist, d. h. wenn aus demselben hervorgeht, daß er die allgemeine Arbeitszeit versäumte und auch keine Commerzstunden vor- oder gutgemacht hat.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung wird darauf gesehen, daß in der Hauptsache jedes Etablissement, welches Verbrauchsgegenstände abgiebt, einen bestimmten Kreis von Abnehmern hat; ein etwaiges Defizit eines solchen Etablissements ist dann von der Gesammtheit der betreffenden Consumenten zu tragen, was zur Folge haben muß, daß eine freiwillige Controlle von Seiten der Abnehmer gehandhabt wird.

Diejenigen Defizits, welche für die Gesammtheit aus dem unmäßigen Genuß eines Gebrauchsgegenstandes entstehen, tragen die Consumenten dieses Gegenstandes. Kommen z. B. viele Betrunkene in die Spitäler, so wird die durch sie verloren gegangene Arbeitsleistung auf den Preis der Spirituosen geschlagen.

Wer ein Commerzbuch verliert, bekommt zwar ein neues, er büßt aber die vorgemachten Commerzstunden ein.

Solchen Personen, welche bei den Fähigkeitsproben zum Zweck der Wahlen oder sonstwie Hervorragendes in geistiger Arbeit geleistet haben, werden Commerzstunden je nach den Werth ihrer Leistung gutgeschrieben. Das gesetzlich festgestellte Maxi-

mum der in einer gewissen Zeit zu verbrauchenden Commerzstunden darf aber auch von ihnen nicht überschritten werden, so daß sie nur insofern einen Vorzug vor den gewöhnlichen Arbeitern haben, daß sie nicht an eine bestimmte Arbeitszeit gebunden sind.

Alle durch Commerzstunden erworbenen Producte des Angenehmen verfallen nach dem Tode des Erwerbers der Gesellschaft.

Zur Widerlegung verschieder Einwände, welche gegen seine Vorschläge gemacht werden könnten, führt Weitling u. A. ungefähr Folgendes aus: Ein Betrug könnte geschehen, indem ein Verkäufer einigen Consumenten Waaren verabfolgte, ohne vorgemachte Commerzstunden abzustempeln. Es ist dies aber schon um deswillen unwahrscheinlich, weil der betrügerische Empfänger dem ungetreuen Verkäufer für seinen Liebesdienst schwerlich eine Gegenleistung zur Verfügung stellen könnte; außerdem würde solcher Betrug auch durch die gegenseitige Controlle der Consumenten, welche, wie wir oben gesagt haben, ein etwaiges Defizit decken müssen, zu verhindern sein. Zum Ueberfluß könnte auch noch die Maßregel getroffen werden, daß jeder Consument einen eigenen Stempel oder ein Handzeichen bei sich führt, um seine Quittung in die Commerzbücher der Depots einzutragen, womit sich jeder Betrügerei auf die Spur kommen ließe. Noch viel schwieriger würde es sein, falsche Commerzbücher zu führen; sollte dieser Fall indessen doch vorkommen, so wäre dies ein Beweis, daß die Verwaltung nicht die geschicktesten Leute mit der Anfertigung derselben betraut hätte, man müßte geschicktere an ihre Stelle setzen und vielleicht gerade die Fälscher selbst. Im allgemeinen ist aber zu bemerken, daß im Zustande der kommunistischen Gemeinschaft gar Niemand ein Interesse daran finden kann, das mühsame, dürftige, die allgemeine Mißachtung nach sich ziehende Geschäft eines Diebes oder Betrügers zu treiben, da Jedermann auf viel bequemere Weise sich eine menschenwürdige Existenz durch seine Arbeit verschaffen kann.

Das gegenseitige Markiren in den Büchern, anstatt unsres heutigen Geldverkehrs, ist schon an und für sich keine Erschwerung des Verkehrs, wenn man aber bedenkt, daß zu gleicher Zeit alles Ueberbieten und Herunterhandeln, das pfennigweise Zusammenholen der Bedürfnisse und hunderterlei andere Mühseligkeiten des heutigen Verkehrs in Wegfall kommen, so springt der Vortheil stark in die Augen.

Das Reisen ist so leicht und leichter möglich als heute. Hat Jemand genügende Commerzstunden gutgemacht, so erlangt er gegen Abstempelung derselben im ganzen Bereich der Gemeinschaft was er wünscht, will er nach dem Ausland reisen, so wird er sich von der Verwaltung ebenfalls gegen Abstempelung von Commerzstunden die nöthige gangbare Münze verschaffen können; ohne gutgemachte Arbeitsstunden muß man freilich zu Hause bleiben und arbeiten.

Den Matrosen, Conducteuren und ähnlichen Arbeitern, welche längere Zeit hintereinander einen Dienst zu versehen haben, werden die Stunden, welche sie über das Maß der allgemeinen täglichen Arbeitszeit bei ihrem Geschäft zubringen, als Commerzstunden angerechnet, sie sind dann in der Lage, angemessene Ruhepausen zwischen ihrer Arbeitszeit eintreten zu lassen.

Sollte es in Folge der Unannehmlichkeiten, welche einzelne Geschäfte für den Arbeiter im Gefolge haben, an Arbeitern in diesen Branchen fehlen, oder sollten sich die Arbeiter zu gewissen Verrichtungen besonders drängen, so giebt es verschiedene Handhaben, um solchen Unregelmäßigkeiten vorzubeugen. Zunächst kann man in dieser Beziehung auf die Kinder bei der Erziehung wirken. Da wir später von der „Schularmee" ausführlicher sprechen werden, bemerken wir hier nur soviel, daß Niemand aus derselben und in die mündige Gesellschaft eintreten kann, welcher nicht durch einen Examen, bez. eine Probearbeit die Befähigung für einen speziellen Beruf nachgewiesen hat; nun wird die Fähigkeitsprobe für diejenigen Geschäfte, zu welchen sich die Arbeiter drängen, in dem Maße erschwert, als ein solcher Zudrang stattfindet. Das würde indeß keine unmittelbare Wirkung haben, und es besteht deshalb noch die Einrichtung der „Geschäftssperre". Sobald nämlich ein Geschäftszweig mit Arbeitern überfüllt wird, dürfen in demselben keine Commerzstunden gemacht werden, man muß sich also dann, um sich die Annehmlichkeiten des Lebens verschaffen zu können, auch den weniger angenehmen Arbeiten zu wenden. Sollte auch das noch nicht genügen, um einzelnen unangenehmen Arbeitszweigen Arbeiter zuzuführen, so würde dem Uebelstande sicherlich dadurch abgeholfen, daß man die allgemeine Arbeitszeit in

diesen Branchen reduzirte, derart, daß z. B. eine Stunde Arbeit in einer unangenehmen Geschäftsbranche für zwei in einer anderen gerechnet würde.

Die Geschäftssperre kann übrigens auch bis zur Aufhebung der Production in gewissen Branchen gesteigert werden, und dieser Fall müßte dann eintreten, wenn die Producte einer Branche anfingen, den Einzelnen oder der Gesammtheit Schaden zu bringen. Die Geschäftssperre ist also nicht blos der Regulator, mit dessen Hilfe von Seiten der Verwaltung dafür gesorgt wird, daß die Production im allgemeinen sich regelmäßig vollziehe, sondern sie ist auch die Handhabe, einer Verschlechterung der Sitten entgegenzuwirken.

Nun könnte aber ein Querkopf kommen und fragen, wie die Ungleichheit in den Theatern u. s. w. beseitigt werden soll, da doch nicht Jeder einen gleich guten Platz haben kann. Auch für einen solchen hat Weitling eine Antwort: Am Eingange des Theaters befinden sich mehrere Urnen. In einer derselben sind einzelne numerirte Kugeln, in der zweiten sind die numerirten Kugeln zu zwei und zwei zusammengefügt, in der dritten drei und so fort bis auf fünf. Diese in den fünf Urnen enthaltenen Nummern repräsentiren sämmtliche numerirte Plätze des Theaters. Je nachdem nun die Leute einzeln oder zusammen sitzen wollen, greifen sie in die Urnen und loosen sich ihre Plätze.

Die Erziehung der Jugend ist Sache der Gemeinschaft, die Kinder werden „vom dritten oder sechsten Jahre an", wie Weitling sagt, der Schularmee einverleibt. Dieselbe ist genau so organisirt, wie die Gesellschaft der Erwachsenen, es werden so weit als möglich dieselben Arbeiten verrichtet, es herrschen dieselben Verwaltungsformen, nur wird dabei zunächst die allgemeine körperliche und geistige Ausbildung der Kinder berücksichtigt, und die Vorsteher der Verwaltungskörper werden aus der mündigen Gesellschaft genommen. Die Arbeitszeit ist natürlich nach Alter und Kraft der Kinder verschieden. Bei den Commerzstunden, welche in der Schularmee gemacht werden, darf es sich nur darum handeln, die Begierden des Wissens, nicht die der sinnlichen Genüsse auszubilden. Allen Schülern und Schülerinnen, welche in der Schularmee durch ausgezeichnetes Genie, Fleiß und Geschicklichkeit Mitglieder der Meistercompagnien würden, wird, wenn sie sich bei ihrem Eintritt in die mündige Gesellschaft der Ausbildung in den Wissenschaften auf den Universitäten weihen wollen, der Besuch derselben als Arbeitszeit angerechnet. Der Besuch der Universitäten steht auch allen andern in die mündige Gesellschaft eintretenden Schülern und Schülerinnen frei, allein wer nicht von der Leitung der Schularmee zum Studium bestimmt ist, wird durch den Besuch der Universitäten nicht von der Einhaltung der allgemeinen Arbeitszeit befreit. Daß der Austritt aus der Schularmee nur erfolgen kann nach Ablegung eines Examens, haben wir schon gesagt. Niemand wird aus der Schularmee entlassen, der nicht vollkommen gesund ist; unheilbare Personen werden in geeigneten Asylen untergebracht. Wissenschaften, deren Nützlichkeit nicht allgemein anerkannt ist, werden in der Schularmee nicht gelehrt, dahin gehören vorzüglich alle theologischen und manche philosophischen Lehren.

Die Stellung des weiblichen Geschlechts und die Beschaffenheit der Ehe ist nach dem Gesagten leicht festzustellen. Das Weib ist vollkommen gleichberechtigt und gleichverpflichtet mit dem Manne, insofern es mit ihm gleich befähigt ist. Körperlich schwachen Männern wird man ebenso leichtere Arbeitsverrichtungen offen halten, als dem größeren Theil der Weiber, und geistig hochbegabte Weiber werden ebenso gut hohe Aemter bekleiden können, als Männer, da ja bei den Wahlen zunächst nicht die Person, sondern der Fähigkeitsnachweis in Frage kommen soll. Insofern das weibliche Geschlecht bei der Arbeit von dem männlichen getrennt ist, hat es seine eignen Verwaltungskörper, die aber aus Männern gebildet werden können, wenn sich keine Frauen finden, welche die zu fordernde Fähigkeitsprobe zu bestehen im Stande sind. Müttern kleiner Kinder müssen Arbeiten zugewiesen werden, die sie in ihrer Wohnung verrichten können. Die Kinder von Eltern, welche krank werden, sterben oder sich trennen, versorgt die Gemeinschaft ohne Rücksicht auf das Alter, ebenso diejenigen, welche ihr die Mütter überweisen.

Das Zusammenleben in der Ehe muß freiwillig sein und kann von keiner Seite erzwungen werden. Diesen Grundsatz, im Verein mit den socialen Einrichtungen, die das Weib wahrhaft unabhängig machen, ist die sicherste Gewähr, daß alles Elend und aller Jammer unserer

heutigen Ehen aus der menschlichen Gesellschaft verschwinden.

Unter einer Gesellschaftsordnung, wie sie Weitling im Auge hat, muß natürlich das Heer von physischen Krankheiten, welches heute die Menschheit nicht blos decimirt, sondern überaus elend macht, verschwinden. Gesunde, ausreichende Kost, mäßige Arbeit, eine sorgenlose Existenz, Reinlichkeit und gesunde Wohnungen, vernünftige Kindererziehung und hundert andere günstige Umstände werden es möglich machen, ein gesundes kräftiges Geschlecht zu schaffen.

Nicht minder wird ein unbeschreiblicher Aufschwung auf den Gebieten des geistigen und sittlichen Lebens Platz greifen. Kein Talent wird ferner verkümmen, kein Hohlkopf sich an erster Stelle breit machen können. Verbrechen und Vergehen, die heute als eine Frucht unserer thörichten Gesellschaftseinrichtungen so üppig aufwuchern, sind unmöglich, damit aber wird ein Heer von Beamten, Polizei, Richtern und Kerkermeistern unnöthig gemacht; und wenn ja ein einzelnes Individuum, indem es ein Opfer seiner Leidenschaften wird, sich als schädlich für die Gesellschaft erweist, so wird man in ihm nicht mehr den zu hassenden und verachtenden Verbrecher, sondern einen Kranken sehen, den man mit liebevoller Sorgfalt zu heilen hat. Die Verbrechen werden zum Prüfstein der Organisation der Gesellschaft: so lange sie noch möglich sind, ist diese Organisation unvollkommen.

Die Production wird durch Beseitigung der vielen kleinen Werkstätten, durch ausgedehnteste Benutzung von Maschinen und Naturkräften unendlich erleichtert, es wird an Material und Arbeitskraft gespart, weil eine Unmasse von Gegenständen, die heute durch die Einzelwirthschaft erfordert werden, sich als ganz überflüssig erweisen. Jeder muß arbeiten und Keiner arbeitet Unnöthiges; das Quantum von Arbeit, welches auf den Einzelnen fällt, wird also sehr gering sein; Weitling berechnet die zu Erzeugung des Nothwendigen und Nützlichen nöthige Arbeitszeit des Einzelnen auf täglich vier Stunden, und es erscheint diese Annahme, wenn man alle maßgebenden Verhältnisse erwägt, durchaus nicht unwahrscheinlich.

Nach außen hin würde ein Volk, welches die Prinzipien der Gemeinschaft verwirklicht hat, sich unbedingte Achtung zu verschaffen in der Lage sein, man würde überall seine Einrichtungen nachahmen; für die Grundsätze der Gerechtigkeit würden nur solche Völker unzugänglich sein, welche noch auf einem sehr niedrigen Culturstandpunkt sich befänden. Im Falle des Krieges mit einem solchem uncultivirten Volke könnte man aber die ganzen ungeheuren Kräfte der Gemeinschaft in Bewegung setzen: das Wort „Vaterland" wäre kein leerer Schall mehr, mit unwiderstehlicher Begeisterung würde sich das ganze Volk zur Vertheidigung seiner Freiheit, seines Wohlstandes, seiner Geistescultur erheben, und zwar ein kräftiges, nicht durch Hunger und Elend verkümmertes Volk, mit Hilfsmitteln, die nicht blos durch den Zustand der Gemeinschaft an sich, sondern insbesondere deshalb unerschöpflich wären, weil nicht ein unproductives Soldaten- und Beamtenheer jahraus jahrein an dem Mark des Volkes gezehrt hätte.

Dazu übergehend die möglichen Uebergangsstadien anschaulich zu machen, welche vor Begründung seines Systems Platz greifen könnten, präcisirt Weitling zunächst den Begriff Revolution, und wir geben seine Erklärung hier wörtlich:

„Wenn mittelst einer neuen Erfindung die Arbeiten und Werkzeuge eines Geschäfts verändert und durch andere ersetzt werden, so ist eine Revolution mit diesem Geschäfte vorgegangen.

„Wenn durch philosophische Lehren den Sitten eine andere Richtung gegeben wird, so ist eine Revolution mit denselben vorgegangen.

„Also überhaupt: wenn durch das Uebergewicht einer geistigen oder physischen Kraft das Alte dem Neuen weicht, so ist dies eine Revolution".

Es giebt nun allerdings Viele, welche das Bestehende abändern und verbessern wollen; die bisher in's Auge gefaßten Mittel sind aber gänzlich ungenügend.

Weitling bespricht nun diese Mittel und verwirft sie alle. Sehr natürlich: wer von der Hoffnung getragen wird, eine tausendjährige Mißwirthschaft, eine grenzenlose Corruption des Volksgeistes ließen sich durch einen glücklichen Handstreich, eine siegreiche Revolution beseitigen, der wird nicht den langsamen Weg des mühsamen Aufbauens zur Verwirklichung seiner Ideen betreten wollen. Dazu kommt, das Weitling die dritte Auflage seiner „Garantien", welche uns vorliegt, augenscheinlich unter dem Einfluß der Zeit, des

Jahres 1848, umgearbeitet und dabei den Zweck verfolgt hat, die halbe Revolution, die damals überall sich breit machte, zu verhüten und der ganzen die Bahn zu ebnen. Er verwirft also Alles als unwesentlich oder wenigstens ungenügend, was das socialdemokratische Volk, nach den seit dem Jahre 1848 gemachten bittern Erfahrungen, als sehr großen Fortschritt zur Erreichung des letzten Zieles heute ansehen und benutzen würde.

Die Verbesserung der Schulen und Erziehung der Kinder der Armen auf Kosten des Staats, Preßfreiheit, Versorgung aller Armen, Kranken und Schwachen durch den Staat, Verbesserung des Steuersystems, allgemeines Wahl- und Associationsrecht sind ihm sehr unwesentliche Dinge, denn damit kann man nicht binnen Jahresfrist sein System verwirklichen.

Wenn wir indessen von dieser, in der Hauptsache für unsere Zeit ganz unverständlichen Auffassung absehen, so läßt sich nicht verkennen, daß Weitling bei seiner Kritik über die Reformvorschläge der vergangenen Revolutionsjahre im Einzelnen recht Treffliches sagt, was von seinem tiefen Verständniß der socialen Frage Zeugniß ablegt.

Wir führen hier einige seiner Aussprüche an: „Die Preßfreiheit kann im Geldsystem nicht vollkommen sein, weil die Scribenten bezahlt werden können. Wenn eine Schrift in diesem System Wahrheit verbreitet, so verbreiten dafür zehn andere Irrthum, Unverstand und Lügen. Diese heutige Preßfreiheit wird mehr dazu benutzt, Einige zu nähren, als Alle aufzuklären. Man schreibt um Geld; wer aber hat das Geld? Die Geldmänner. Diese sind es also, welche der Literatur eine Richtung zu geben suchen mit der Schwere ihrer Geldsäckel".

— — — — — — — — —

„Sie verzieren, um Euch zu täuschen, jeden Betrug mit den Worten frei und Freiheit. Handelsfreiheit! Na ja, warum nicht gar Stehlfreiheit? Arbeitsfreiheit! Dummes Zeug. Arbeiten müssen wir, damit wir und die Faullenzer und Verschwender, welche uns mit den Geldsack regieren, leben können".

— — — — — — — — —

„Das, was nun im Geldsystem die Errichtung und Erhaltung solcher Versorgungs- und Arbeitshäuser kostet, das muß der Mittelstand und der Reiche bezahlen, diese aber hängen das Defizit denen wieder auf, die genöthigt sind für sie zu arbeiten . . . . . So drücken alle Lasten tief nach unten, und je stärker die Reichsten und Mächtigsten drücken, und je mehr die gedrückten Armen zusammensinken, desto mehr Individuen des Mittelstandes werden unter die Armenpresse geschoben, um die Fehlenden zu ersetzen".

— — — — — — — — —

„Der Arbeiter ist ja schon dadurch von den Reichen besteuert, daß er für eine strenge Arbeitszeit nicht soviel erhält als er braucht, und Alles was er braucht theurer bezahlen muß, als es verhältnißmäßig sein sollte. Das Geldsystem in der Hand des Reichen ist an und für sich schon die fürchterlichste Steuer, die nur der Arbeiter mit seinem Mangel und seinem Fleiße bezahlen muß. Das scheint man immer zu vergessen. So lange man aber diese Steuer nicht abschafft, ist jede andere Steuerreduction unwirksam".

„Die Vermögenssteuer vertheilt nur die allzugroßen Haufen in viele kleinere. Ein starker wohlhabender Mittelstand würde davon die Folge sein, und dieser würde dann die früher von den Reichen und Mächtigen gespielte Rolle allein spielen. Das Geldsystem bekäme dadurch noch mehr hartnäckige Vertheidiger, und der Kampf gegen dasselbe würde dadurch dem armen arbeitenden Volke um so schwieriger werden".

— — — — — — — — —

„Die große Masse ist ja viel zu sehr von Vorurtheilen befangen, steht viel zu sehr unter dem Einfluß der Reichen und Mächtigen, um andere Leute zu wählen als solche, die von der heutigen Bedrückung Nutzen ziehen . . . . . In der ersten französischen Revolution kamen wirklich einige arme Teufel an die Regierung, die saßen nun da unter den vielköpfigen Ungeheuer der Repräsentantenkammer und konnten nur mittelst des Schreckens durchdringen, weil die Interessen der Versammlung zu verschieden waren, und weil überhaupt mit einigen hundert Gesetzgebern auf einmal nichts Gescheidtes anzufangen ist und gar Nichts durchgehen kann, ohne vorheriges langweiliges Gezänk, nach welchem gar oft die Mehrheit der beschränkten Köpfe Meister auf dem Kampfplatze bleibt. Dem abzuhelfen schlugen sich die Parteien einander die Köpfe herunter, dann machte man es mit dem reichsten und mächtigsten Adel und Anderen ebenso. So halfen

die Parteien den Mängeln des Wahlsystems ab, wie sie es verstanden. Viele Reiche verloren Kopf und Geld, aber der Reichthum überhaupt kam dabei doch um keinen Kopf zu kurz; er wechselte den Mann, ohne dabei weder Köpfe noch Geld zu verlieren. Was man Einzelnen nahm, wußten sich andere durch feine Speculationen anzueignen".

— — — — — — — — —

„Das Mittel der Association ist revolutionär, wenn es im Großen angewendet wird. Aber Alle, welche jetzt (1848) das Wort im Munde führen, meinen damit eine mehr oder minder kleine Vereinigung innerhalb der heutigen Zustände. Eine solche Association kann aber der Macht des Kapitals keinen Widerstand leisten und muß zu Grunde gehen, sobald es den reichen Kapitalisten beliebt".

Zur Verwirklichung der communistischen Gemeinschaft giebt Weitling drei Mittel an: Aufklärung, sociale Revolution und sociale Anarchie.

Mit der Aufklarung geht ihm, wie wir gesehen haben, die Sache zu langsam, er entwirft also schnell, da er im Jahre 1848 schreibt, einen Plan, wie man die sociale Revolution zu machen habe. Es soll ein „Befreiungsbund" gestiftet werden, dessen Grundsätze sich vollständig den vorher mitgetheilten System anpassen, und auf die wir also hier nicht nochmals einzugehen brauchen.

An praktischen Maßregeln sind hervorzuheben: Allgemeine Bewaffnung des Proletariats, Entwaffnung der Reichen und ihres Anhangs, allgemeine Amnestie, Einsetzung einer provisorischen Regierung, Abschaffung der bestehenden Gerichts- und Polizeigewalten, dagegen Einsetzung von Revolutionstribunalen, welche Jeden erschießen lassen, der in irgend einer Weise „das Volk in seinem Gemeinthum und in seinen Interessen belügt, betrügt oder bestiehlt". „Wer durch Verschwendung und Müssiggang Andern ein Aergerniß giebt, wird so lange eingesperrt, bis er arbeiten und essen gelernt hat". Alles Kapital, welches zur Production dienen kann, wird, soweit man dazu die Macht hat, konfiszirt und als Gegenwerth fur das auszugebende revolutionäre Papiergeld benutzt. Dasselbe dient dem Verkehr in Districten, wo die communistische Organisation noch gar nicht, oder noch nicht vollständig eingeführt ist. Solche Districte werden noch nach den alten Gesetzen regiert; um indessen den Uebergang zu erleichtern, zahlt man den Reichen, welche freiwillig ihr Eigenthum der Gemeinschaft übergeben, eine ihren Lebensgewohnheiten entsprechende Pension. In denjenigen Districten, wo die communistische Organisation sich vollzogen hat, wird das alte Geldsystem vollständig aufgehoben und man tauscht mit Hilfe eines Papiergeldes, welches den Grundsätzen der Commerzbücher entspricht, d. h. dessen Werth nach Arbeitsstunden berechnet wird. Auf diese Weise wird nach und nach die communistische Organisation immer weiter ausgedehnt, vervollkommnet und befestigt.

Soweit Weitling.

Es versteht sich von selbst, daß wir seine Anschauungen nicht veröffentlichen, um für dieselben Propaganda zu machen und Anhänger für sein „System" zu werben. Im Gegentheil, als abschreckendes Beispiel möchten wir seine Auffassung für alle diejenigen hinstellen, welche „anarchistische" Gelüste haben oder etwa Lust empfinden sollten, die sociale Frage durch irgend welches Recept zu lösen.

Wir betrachten diese Mittheilung als einen Beitrag zur Geschichte des Socialismus und als einen Akt der Gerechtigkeit gegen einen dahingeschiedenen braven Kämpfer, der wohl verdient, von dem jüngeren Geschlecht in Ehren gehalten zu werden; denn möchte er auch noch so viel geirrt haben, er hat selbstlos und muthig für die Sache der Unterdrückten gestritten und — gelitten.

Von der bisher von der neuen Socialdemokratie eingehaltenen Bahn möge sich dieselbe nicht abdrängen lassen. Organisation, socialistische Volksaufklärung in immer breiteren Volksschichten, zähe Ausdauer im Kampf, auch um die kleinste Position, die dem Gegner abzugewinnen ist, unaufhaltsames aber langsames Fortschreiten, das ist unsere Losung. Ein langer, beschwerlicher Weg liegt vor uns, aber er führt zum Ziel, und es giebt keinen andern. Indem wir diesen Weg gehen, vollbringen wir die Culturarbeit, die unserer Zeit zu vollbringen auferlegt ist; die nach uns kommen werden, finden eine andere, höhere, erfreulichere Aufgabe zu lösen, und sie werden sie lösen.

Die schweizerische Reformtheologie und die soziale Frage.

Unter dem Titel „Die sozialen Ideen des Christenthums und ihre Verwerthung in den Kämpfen der Gegenwart" ist bei Cäsar Schmidt in Zürich eine Abhandlung des Pfarrers C. W. Kambli in Horgen am Zürichsee erschienen, die in hohem Maße die Beachtung der Parteigenossen und eine etwas eingehende Besprechung in diesen Blättern verdient.

Bisher haben wir es mit den christlichen Staatssozialisten zu thun gehabt; das Buch des Herrn Kambli ist die Manifestation einer religiösen Partei, die auf der äußersten Linken des Christenthums steht, und die den Beruf in sich spürt, die soziale Frage zur Lösung zu bringen.

Der Verfasser, welcher in seinem Buche hier und da von „entarteten Priestern" und Sekten, vom Katholizismus als dem „zum Staate im Staate verknöcherten Christenthum" spricht, gegen die „Pietisten", die nicht religiös-sittliche Richtung im Christenthum, ankämpft, äußert sich über seinen eigenen Standpunkt folgendermaßen:

„Das Kirchenwesen als Privatsache aufgefaßt, hat keine Zukunft, jede Bekenntnißkirche sinkt herab zur Sekte, aber wir geben die Hoffnung nicht auf, der Kirche ihren nationalen und humanen Charakter zu retten, ja sie also auszuweiten, daß mehr und mehr auch verschiedene Konfessionen darin Platz finden, wir glauben an eine unkonfessionelle Religion und darum auch an eine Alle umfassende religiöse Gemeinschaft, an eine Volkskirche, ja an eine Menschheitskirche. Diese Kirche ist die demokratischste aller Institutionen, die einzige Gemeinschaft, der Alle angehören können, wo wirklich weder Jude noch Grieche, weder Knecht noch Freier, weder Mann noch Weib gilt." „Doch ich sehe im Geiste den Spott und Hohn, der um die Lippen Vieler zuckt beim Lesen dieser Zeilen, ich höre sie fragen: wo ist diese Kirche? ich sehe sie hinweisen auf die stets zunehmende Zersplitterung gerade in der reformirten Kirche und Parteien und Sekten und höre sie fragen: geht davon auch ein sozialer Segen aus? Sind's nicht die kirchlichen Streitigkeiten, die den bittersten Zankapfel in's Volk und die Familie werfen? wäre es nicht wenigstens für die soziale Entwickelung besser, gar keine Kirche als solche streitenden Kirchen? Ich weiß, daß die Kirche, die ich schilderte, ein Ideal ist, und daß sich kein Ideal vollständig verwirklicht aufweisen läßt; ich weiß, daß dieses Ideal einer freien Volks- und Menschheitskirche nicht von Allen getheilt wird, aber ich weiß doch, daß es in vielen Herzen lebt, daß Viele der Edelsten und Besten noch danach ringen."

Der Verfasser nimmt also eine ideale Stellung ein, er ist überzeugt, daß die große Menge der Christenheit seine Auffassung als richtig nicht anerkennt, und daß seine Anschauung nur von verhältnißmäßig Wenigen getheilt wird. Er möchte Göthe's Spruch von der Wissenschaft auf das Christenthum und die Kirche übertragen: „Gewinnt auch das Falsche die Oberhand, so wird doch immer eine Minorität für das Wahre übrig bleiben; und wenn sie sich in einen einzigen Geist zurückzöge, so hätte das nichts zu sagen. Er wird im Stillen, im Verborgenen fortwaltend wirken, und seine Zeit wird kommen, wo man nach ihm und seinen Ueberzeugungen fragt, oder wo diese sich bei verbreitetem allgemeinen Licht auch wieder hervorwagen dürfen." „Aber freilich", so schließt er, „es muß die volle unverkümmerte, weitherzige Idee der Kirche sein, die in den Wenigen oder in dem Einen lebt, wenn diese Idee wieder Triebkraft und Segen für's soziale Leben entwickeln soll."

Es ist nach diesen Eröffnungen des Verfassers klar, daß ihn vom Gros des Christenthums sowie von jener vorgeschrittenen Gruppe derselben, die sich die reformirte nennt, eine breite und tiefe Kluft trennt, wie sie breiter und tiefer

zwischen Idealismus und Wirklichkeit kaum gedacht werden kann, und deren Entstehung in der beiderseitigen grundverschiedenen Auffassung vom Wesen des Christenthums und seinen Zielpunkten zu suchen ist.

Der Verfasser findet im „Neuen Testament" „soziale Ideen", „die sich erfolgreich in den sozialen Kämpfen der Gegenwart und Zukunft verwerthen lassen." In der Religion Jesu und im Christenthum ist nach ihm ein neues soziales Prinzip in die Welt getreten, eine Annahme, welcher die christliche Kirche in allen ihren Gruppen und Sekten widerspricht, und der auch ihre Geschichte seit ihren ersten Anfängen entgegensteht.

Der Verfasser weist nicht mit Unrecht im alten Testament scharf ausgeprägte soziale Ideen nach. „Wie großartig spricht der Mosaismus sein Grundprinzip, aus dem er alle seine sozialen Vorschriften herleitet, in dem Worte 3. Mose 25, 23 und 55 aus: „Mein ist das Land, spricht der Herr, und ihr seid Fremdlinge und Beisassen bei mir; darum soll das Land nicht verkauft werden, daß es verfallen bleibe. Mir sind die Söhne Israels Knechte, meine Knechte sind sie, die ich ausgeführt aus dem Lande Aegypten. Darum sollen sie nicht der Menschen Knechte werden."

Es wird gut sein, bei dieser bemerkenswerthen Erscheinung, über die Herr Kambli ziemlich flüchtig hinweggeht, obgleich sie mit dem Sozialismus seines Christenthums in innigster Beziehung steht, ein wenig zu verweilen.

Man begegnet hier zweifellos einer ursprünglich rein sozialen Einrichtung, wie sie Völker- oder Gesellschaftsgruppen eigen zu sein pflegt, die in kommunistischer Genossenschaft gelebt. Der Grund und Boden ist Staatseigenthum, jeder Bürger nur gleichberechtigter Nutznießer desselben. Es ist dieselbe Erscheinung, die wir in unserer Zeit noch unversehrt bei einigen der edelsten Indianerstämme Amerikas und etwas verwischt bei den Slaven Europas finden. — Göttlicher Gnade verdankte man nach der Versicherung der jüdischen Priester die Eroberung des „gelobten Landes", und es ist nur natürlich, daß es göttliches Eigenthum wurde. Im Augenblick der Eroberung existirte im Volke noch der Kommunismus; das Volk in seiner großen Majorität war der Gesetzgeber und seiner sittlichen Lebensauffassung entsprechend gestaltete es die Organisation des gesellschaftlichen Lebens. Es giebt im ursprünglichen Mosaismus nur eine Abhängigkeit, die von Gott; und ausdrücklich wird von Rechtswegen bestimmt, daß kein Bürger „der Menschen Knecht werden soll". Diese Bestimmung besagt, daß alle Menschen im Gesellschaftsleben gleichberechtigt seien und auf gleichen Lebensgenuß Anspruch haben sollten. — Die kapitalistische Wirthschaft brach herein, sie erschütterte bald das Grundprinzip der Gesellschaft und rief außerordentliche Maßregeln zur Abwehr, in dem sogenannten Jubeljahre, in welchem aller Grundbesitz wieder an den ursprünglichen Eigenthümer zurückfallen sollte, dem Verbote, Verbrecher an Fremde zu verkaufen, der periodischen Befreiung der in Abhängigkeit und Knechtschaft gerathenen Stammgenossen u. a. m. — War es nun leicht gewesen, das eroberte Gebiet in göttliches Eigenthum zu verwandeln, so fiel es doch unendlich schwer, ja es erwies sich zuletzt bei der kapitalistischen Ueberfluthung, dem Platzgreifen der „Interessenwirthschaft", als reine Unmöglichkeit, das göttliche Eigenthumsrecht aufrecht zu erhalten. Eine Schutzmaßregel nach der andern wurde vom Kapital unterwühlt und weggeschwemmt und das hohe Moralgebot der alten jüdischen Kommunisten: „den Nächsten wie sich selbst zu lieben," ihn im Lebensgenuß durchaus gleichberechtigt zu erachten, fand schließlich seine einzige Bethätigung im Almosenwesen, in gnädiger Ueberlassung einiger Abfälle des auf Kosten der Gesammtheit erpreßten Reichthums an die Ausgesogenen. Die Religion trat mit der Befestigung der Herrschaft des Kapitals schließlich völlig in dessen Dienste!

Herr Kambli weiß über diese hochwichtige Entwickelung der Dinge nicht viel zu sagen. Er meint: „Mag auch die Einrichtung des Jubeljahrs, in dem aller Grundbesitz wieder an den ursprünglichen Eigenthümer zurückfallen sollte, als eine Theorie, die sich nicht ausführen ließ, sich erwiesen haben, und hat thatsächlich auch das Verbot, vom ausgeliehenen Gelde Zins zu nehmen, nicht gehalten werden können, wenn Handel und Gewerbe sich entwickeln sollten, — mochten noch so viele unrichtige Mittel gewählt werden, die sozialen Ziele des Mosaismus sind doch die richtigen, sobald wir nur

an die Stelle des Volkes Israel die Menschheit setzen." Herr Kambli ist, was wir seinen späteren Ausführungen entnehmen, der Ansicht, **daß das Grundprinzip des Mosaismus, das „göttliche Eigenthumsrecht", das richtige sei, wenn es auf die ganze Menschheit angewendet würde.** Um so mehr wäre es bei dieser Anerkennung seine Pflicht gewesen, dem Schicksale des göttlichen Eigenthums im altjüdischen Staate die eingehendste Aufmerksamkeit zu widmen. — Herr Kambli giebt zu, wir müssen es für spätere Erörterungen ausdrücklich konstatiren, daß die göttlichen Schutzmaßregeln zur Wahrung der gesellschaftlichen Gleichberechtigung nicht aufrecht erhalten werden konnten, „wenn Handel und Gewerbe sich entwickeln sollten." „Handel und Gewerbe" bei den Juden ist nichts anderes als die heutige „Interessenwirthschaft", und indem Herr Kambli das Erliegen der göttlichen Gesetzgebung dieser Interessenwirthschaft gegenüber als eine selbstverständliche Nothwendigkeit hinstellte, giebt er zu, **daß Nächstenliebe und Interessenwirthschaft unversöhnliche Gegensätze sind, daß das Kapital mächtiger als die Religion ist, und daß alles Predigen der Nächstenliebe nicht ausreicht, die Selbstsucht in ihren schlimmen Formen nieder zu halten und der Gesellschaft unschädlich zu machen.**

Der Verfasser wendet sich jetzt zur Stellung Jesu und der Apostel zu den socialen Verhältnissen ihrer Zeit. Er vertheidigt sie gegen Renan, Strauß, die Jesu socialen Unverstand konstatiren, und gegen Hartmann, welcher den Rest von socialem praktischem Verstande als Inkonsequenz entschuldigt, die ihm um so eher zu verzeihen sei, da selbst Schopenhauer solches begegnet wäre. Fast möchten wir uns versucht fühlen, schreibt er, auszurufen: „So Jemand wäre, der noch Schlimmeres über die klägliche Stellung Jesu und des Christenthums den socialen Fragen gegenüber vorzubringen wüßte, der wolle sich melden". Die Rechtfertigung gegen die Einwendungen, welche von den Männern der Wissenschaft gegen den Socialismus Jesu erhoben werden, ist eine sehr umfangreiche. Die Vorstellung Jesu vom Gottesreich, das er zu gründen gekommen sei, besitzt nach dem Verfasser seine Wurzeln allerdings in Jesu. Sie wird als der Tribut bezeichnet, den auch er als Sohn seiner Zeit den Zeitvorstellungen zu entrichten hatte, als der Erdgeschmack, der auch dem neuen Keim des Evangeliums anhaftete.

Aus der Auffassung Jesu ergebe sich die Wahrheit, „daß sich das Gottesreich, ob es auch unter uns sei, doch auf dem Boden dieser Erde zu realisiren habe, also der gleiche Gedanke, den Jesus am Anfang seines Wirkens allerdings idealer, aber für sein Geschlecht weniger zündend ausgesprochen hat im Gleichniß vom Sauerteig und in dem Wort an die, welche ihm glauben: „Ihr seid das Salz der Erde, ihr seid das Licht der Welt". „Ist Jesu Leben überhaupt so weltflüchtig und weltfeindlich?" fragt der Verfasser. „Hat er, der nach den Evangelien einen so großen Theil seiner Zeit mit Krankenheilungen zubrachte, selbst auf die klar erkannte Gefahr hin, mit den betrügerischen Gesundbetern in eine Klasse gerechnet zu werden, sich um die leibliche Wohlfahrt der Nebenmenschen nichts bekümmert? oder deutet etwa der Mythus von der Speisung der Fünftausende und der Viertausende, der sich im Volksmund über Jesus bildete, mit seinen Worten an die Jünger, welche ihm rathen: laß die Hungernden von dir, daß sie sich zerstreuen in die Dörfer und Speise kaufen, mit jenem Wort: „gebt ihr ihnen zu essen!" deutet das darauf hin, daß ihn das Volk als einen idealen Schwärmer gekannt, der für seine materiellen, socialen Bedürfnisse kein Verständniß und kein Herz gehabt habe? Wenn Jesus, wie selbst von Hartmann zugeben muß, so viele Rathschläge praktischer Lebensklugheit gegeben hat, wenn ihm auch nicht ein Versuch, auf phantastische Art sich zu retten oder das Kommen seines Reiches zu beschleunigen schuld gegeben werden kann, ist das Alles denn blos Inconsequenz? müssen wir nicht umgekehrt sagen: wie groß, wie ideal steht Jesus da, daß selbst dieser Irrthum der Wiederkunft und des tausendjährigen Reichs ihn nicht dazu verleiten konnte, sein Ziel niedriger zu stellen oder sinnliche schlechte Mittel zu dessen Erreichung zu wählen? Es geht uns dabei gerade so wie mit unserem Urtheil über Jesu Stellung zum Wunderaberglauben und zum Teufelsaberglauben seiner Zeit. Daß Jesus diese beiden Irrthümer seines Volkes theilte, wird kein ehrlicher Forscher mehr in Abrede stellen wollen; aber erregt es nicht unsere höchste Bewunderung der sittlichen Größe und Reinheit Jesu, daß er trotzdem nie ein Wunder probirte und niemals die

Teufelsfurcht zu Hülfe nahm, um die Menschen zur Buße zu treiben".

Es wird bei dieser Streitfrage wesentlich darauf ankommen, sich über das Gottesreich auf Erden, das Jesu vorschwebte, Klarheit zu verschaffen, und dieser Aufgabe gegenüber ist es in hohem Maße zu beklagen, daß der Verfasser, welcher sehr richtig Jesus als einen Sohn seiner Zeit bezeichnet, sich so ängstlich an die Evangelien gehalten hat, die für ihn selbst doch nur einen höchst zweifelhaften historischen Werth besitzen. Es wäre nothwendig gewesen, als Hintergrund der Studie ein Bild der geistigen Bestrebungen der Zeit zu entrollen, in der Jesus gelebt hat. Will man Jesus und seinen religiösen Standpunkt begreifen, dann muß man die jüdische alexandrinische Religionsphilosophie kennen, und will man zu einem richtigen Urtheile über den Socialismus des Apostels Paulus gelangen, dann ist es erforderlich, auch die griechische Philosophie, speciell Plato herbeizuziehen. Nur im Rahmen seiner Zeit ist Jesus zu verstehen und sein Gottesreich zu würdigen. Wir zweifeln nicht daran, daß Herr Kambli, wenn er seine Studien erweitert hätte, Renan, Strauß und Hartmann, deren Urtheile jetzt seinen Unwillen erwecken, doch vielleicht Recht gegeben und Jesus und das Christenthum etwas weniger idealistisch aufgefaßt hätte.

Unfaßbar, namenlos, das reine Sein, ist der Gott der alexandrinischen Juden, aus dem die Welt hervorgegangen, und der sie nach ewigen allgemeinen Gesetzen regiert, die allerdings mit denen des jüdischen Nationalgottes übereinstimmen. Dem sündhaften Fleische, dem Kerker der Seele, zu entfliehen, mit dieser Weltgottheit vereinigt zu werden, mit ihr ein unsterbliches Dasein zu führen, das galt als das höchste und edelste Streben. Die Vereinigung mit dieser Gottheit war nur auf dem Wege der Entsinnlichung zu bewirken. Man verließ Familie und Vermögen, verachtete das politische Ringen des Volkes, seinen Ansturm gegen den staatlichen Despotismus und floh in die ödeste, trostloseste Einsamkeit, wohin keine Versuchung, kein Wellenschlag des Lebens drang, um der Verehrung der unfaßbaren Weltgottheit ungestört sich hingeben zu können.

Die ägyptischen Therapeuten und die palästinensischen Essäer sind die Kinder dieser jüdisch-alexandrinischen Religionsphilosophie, die ersteren die ideale, die letzteren eine durch den unabweisbaren Verkehr mit der Außenwelt und dem Kampfe ums Dasein etwas getrübte Richtung derselben repräsentirend.

Während die Therapeuten ein mönchisches arbeitsloses Dasein führen, sich der Askese hingeben, müssen die Essäer ihren Lebensunterhalt verdienen. Sie sind Handwerker und Bauern, leben wie die Therapeuten ehelos in communistischer Verbindung, die keinen Unterschied zwischen Mein und Dein kennen, arbeiten nach Anweisung ihrer Vorsteher, den dringendsten Bedürfnissen entsprechend. Sie zogen im Lande als Aerzte umher, heilten Kranke, erwiesen sich als Feinde des Reichthums, der zur Sinnlichkeit führte, und gewannen dadurch im Sturm die Herzen der Armen, die nicht tiefer zu blicken vermochten, und denen nirgends ein Freund und Beschützer sich bot. Obgleich ehelos lebend, nahmen sie doch Kinder zur Erziehung auf und prägten ihnen ihre Grundsätze ein. — Die Gottheit wirkte durch Erleuchtung auf die Menschen ein und offenbarte sich ihnen, je nach ihrem Bildungsgrade. Zu den Einen durch den Mund von Engeln, durch Lichtstrahlen zu Andern, oder auch durch das einfache Erwachen der Erkenntniß. Den geistig Hochstehenden war sie die unfaßbare Gottheit der Alexandriner; dem niederen Volke, dem sie sich hauptsächlich durch den Mund der Essäer offenbarte, die in gewissem Sinne selbst göttliche Lichter waren, erschien sie als ein liebender rettender Vater, der die Ausbeuter und Parasiten zu ewiger Verdammniß verurtheilte und die Armen durch die Aufnahme in ein fried- und freudvolles Himmelreich für das erduldete Erdenleid entschädigte. Je höher der Bildungsstand der Bekehrten, um so mehr erweiterte sich der Himmel, um so unfaßbarer wurde die Gottheit, die darin thronte.

Die Essäer bezeichnen den Uebergang, die Therapeuten bereits das wirkliche Gottesreich auf Erden.

Daß die Tendenz der jüdisch-alexandrinischen Religionsphilosophie eine entschieden culturfeindliche war, das bedarf keines Beweises. Das Leben der Essäer und Therapeuten zeigt auch deutlich genug, wohin die Wege einer Religion führen, die in dieser Religionsphilosophie ihre hauptsächlichsten oder ausschließlichen Wurzeln besitzt.

Es kann nun allerdings historisch nicht

nachgewiesen werden, daß Jesus von Nazareth einer essäischen Verbindung angehört: das aber darf wohl als zweifellos gelten, daß er vollständig auf demselben Boden stand, dem das Essäerthum entwachsen war, mit dem er auch äußerlich die auffallendste Uebereinstimmung zeigte, wenn er sich auch dem Zwange ihrer Erkenntnißkasten entzog.

Wir haben in der lebensmüden Gemeinschaft der Essäer und Therapeuten das Gottesreich Jesu auf Erden gefunden und zugleich die Wurzeln jener wunderbaren Gottesanschauung, mit der uns Herr Kambli später überrascht. Hier ist Schicksal, Geist, Liebe und alles Mögliche und Unmögliche vereinigt. — In der Evangeliendämmerung findet Kambli zwar auch, „daß vom Urchristenthum aus die weltscheue, weltflüchtige Askese, die sociale Verirrung des Mönchsthums ausgegangen ist". Er sieht die Wurzeln dieser Erscheinung bis in's Neue Testament zurückreichen, „aber freilich nicht anders als wie die Wurzeln gewisser Unkräuter bis in die Wurzeln des Klees und des Weizens selber hineinreichen. Soviel aber sei gewiß, daß das originale Christenthum durchaus kein asketisches ist; es sei Idealismus im höchsten und reinsten Sinne des Wortes". Herr Kambli wird bei neuen Studien die Entdeckung machen, daß er die Begriffe verwechselt, daß das originale Christenthum nur aus Unkräutern bestand, in dem ein Idealismus, wie er ihm vorschwebt, durchaus keinen Boden gefunden hatte! Er wird dann auch das Gleichniß vom Sauerteig, vom Lichte der Welt besser verstehen lernen und sicher nicht mehr das Krankenheilen als einen Beweis für die irdische Mission Jesu betrachten und seine und des Paulus Auffassung von der Ehe im Sinne der Alexandriner deuten. Wir müssen Herrn Kambli, um volle Klarheit zu schaffen, noch weiter folgen. Er sagt: „Der Grundzug der Lebensanschauung Jesu ist ein idealistischer, der eine gewisse Verachtung des irdischen Gutes mit sich bringt. Wer mit solchem Nachdruck wie Jesus betonte, daß vom Geist allein das Heil und Leben komme, dessen Pflicht war es, den Reichthum auf seinen wahren Werth herabzusetzen". Bei Jesus kann, seiner Grundanschauung entsprechend, nicht von einer gewissen, sondern nur von einer absoluten Verachtung des Reichthums die Rede sein, und das Lazarusevangelium, welches in seiner schneidigen Form nach Herrn Kambli auf einem Mißverständniß seiner Jünger beruhte, entspricht im Gegentheil durchaus der Anschauung Jesu wie auch seine „Zumuthung an einen reichen Jüngling": „Gehe hin, verkaufe Alles, was du hast und gieb es den Armen, so wirst du einen Schatz im Himmel haben" — und endlich auch sein Wort: „Es ist leichter, daß ein Kameel durch ein Nadelöhr gehe, als daß ein Reicher in das Reich Gottes komme". Herr Kambli erzählt, „etwas von dem Entsetzen, das die Jünger befiel, als sie dies harte Wort hörten, durchrieselte auch ihn, wenn er seine sociale Tragweite ermesse". Das wäre nun allerdings kein Idealismus. Sucht man den Ausbeuterstaat durch einen Staat der Liebe zu ersetzen, dann darf man auch das, was einer durchgreifenden Reform sich entgegenthürmt, die Selbstsucht in ihrer schlimmen Form, nicht beschönigen, dann muß man nervenstark genug sein, ein rückhaltloses Verdammungsurtheil, wie es hier abgegeben wird, ruhig anhören zu können. Herr Kambli findet es begreiflich, daß Jesus, der eine völlige Umgestaltung des Bestehenden anstrebte, am meisten Widerstand fand bei den Besitzenden, denen es bei der alten Ordnung der Dinge wohl war, und darum am ernstesten ankämpfen mußte gegen die Form der Selbstsucht, die sich als Habgier, Geiz und Geldstolz kund giebt, — trotz alledem, so fährt er fort, „liegt aber auch in diesen furchtbar harten Worten Jesu gegen die Reichen nicht ein leiser Anflug von Neid, der Gereiztheit, ja der Haß, womit in unseren Tagen so vielfach die Armen gegen die Reichen aufgehetzt werden, vielmehr ein heiliges Mitleid mit diesen Reichen, die nicht erkennen, was zu ihrem Frieden dient". Dem Reichthum konnte Jesus, der Prediger der Entsinnlichung, allerdings neidlos gegenüber treten; daß seine Kritik des Reichthums aber doch nicht so ganz objectiv und mitleidsvoll war, wie Herr Kambli es auffaßt, dafür spricht wohl am deutlichsten das Entsetzen, von dem die Jünger dabei befallen worden, und von dem auch Herr Kambli beim Lesen durchrieselt wird. Allerdings zeigt Jesus nicht die leidenschaftliche Heftigkeit der Propheten, die sie der grenzenlosen Corruption gegenüber ergreift, in welche der Reichthum

das Volk gestürzt, — an Bitterkeit aber läßt seine Kritik nichts zu wünschen übrig, und Herr Kambli würde kaum abzuschwächen und die bösen Socialdemokraten kaum verlästert haben, wenn er sich der leidenschaftlichen Aufwallung erinnert hätte, die auch Jesus, die Sanftmuth selbst, zu ungesetzlicher That fortriß, als er — wahrscheinlich an der Spitze eines erregten Proletarierhaufens — den Tempel von den Wechslern und Wucherern säuberte, die sich dort eingenistet hatten! Mag im Uebrigen Herr Kambli versichert sein, daß die Socialdemokratie mit der gleichen Neidlosigkeit gegen dieselbe Form der Selbstsucht das ihr erliegende Volk zu waffnen sucht, gegen die auch Jesus ankämpft, und „die sich als Habgier, Geiz und Geldstolz kundgiebt".

„In Paulus, dem Manne von gewaltigster Thatkraft, von weitestem Blick und Herzen, von reicher Welterfahrung und großem organisatorischen Talente" sieht Herr Kambli dann „die urchristliche sociale Weltanschauung ihren Höhepunkt erreichen. Er hat die Zeitschranken, die Jesu in diesen Dingen gesetzt waren, auch nicht gesprengt, aber wer müßte darum nicht gleichwohl mit Bewunderung aufblicken zu seinem tiefen Verständniß der socialen Frage und den großartigen Anfängen zu ihrer Lösung, die von ihm ausgehen. Paulus hatte mehr Weltkenntniß und mehr organisatorisches Talent als irgend einer der anderen Apostel; in seiner Gemeinde zu Korinth lernte er das Proletariat einer Großstadt kennen, und obschon auch ihm die Sorge um das Seelenheil der Eine (d. h. ausschließliche) Hauptzweck seines Lebens und Wirkens war, obschon auch er einen raschen Abschluß der Weltentwickelung erwartete, so finden wir bei ihm nun doch schon weit mehr Verständniß für den Werth und die Bedeutung auch der leiblichen Arbeit als in der ersten Christengemeinde zu Jerusalem. Er rühmt sich seiner Arbeit in seinem Handwerk als Teppichweber, er träumt nicht von einer völligen Ausgleichung des Besitzes, vielmehr faßt er die Menschheit und hier wiederum jede einzelne Gemeinde als einen Organismus auf, zu dem verschiedene Glieder gehören, von denen aber gerade die unedleren und schwächeren der meisten Pflege und Sorge bedürfen". „Wie gewaltig hat Paulus", sagt Herr Kambli an anderer Stelle, „die Idee der Consolidarität der Menschheit, zunächst der christlichen Gemeinschaft, erfaßt, wenn er den Korinthern die Gemeinde schildert unter dem Bilde eines vielgegliederten Leibes und darauf hinweist: wenn ein Glied geehrt wird, so freuen sich alle Glieder mit; wenn ein Glied leidet, leiden alle Glieder mit". „Wenn er aber auch keinen Versuch zur Nivellirung der socialen Ungleichheiten macht, sondern Jedem räth, zu beharren in dem Stande, worin er berufen sei, so macht er dagegen doch gewaltig Ernst mit der Realisirung der geistigen und sittlichen Freiheit auch in den praktischen Lebensverhältnissen, und wie er von sich selber rühmen darf, daß er Mangel leiden und Ueberfluß haben, niedrig und hoch leben könne, so sucht er auch durch die Macht der Liebe, die er in begeistertem Lobgesange preist, jede Art der Selbstsucht in den Gemeinden zu brechen und damit jedes Hinderniß wie der geistigen so der socialen Wohlfahrt hinweg zu räumen. Wer darf leugnen, daß wir bei Paulus nicht schon klar erfaßte und ausgesprochene sociale Prinzipien finden mit vollem Bewußtsein aus seiner religiösen Weltanschauung heraus entwickelt?"

Paulus, daran sei Herr Kambli erinnert, war ein Schüler Gamaliels, eines eifrigen Beförderers der jüdisch-alexandrinischen Religionsphilosophie. Sein religiöser und socialer Standpunkt war, wofür sich die verschiedensten Merkmale bieten, der essäische. — Wir müssen auch, um den socialen Standpunkt des Apostels zu erklären, Herrn Kambli daran erinnern, daß die jüdisch-alexandrinische Religionsphilosophie wesentlich in der griechischen Philosophie wurzelte, und daß die Alexandriner bei den Griechen, besonders bei Plato, sociale Studien machten. Daß auch Paulus von ihm gelernt, das wird Herr Kambli selber zugestehen müssen, wenn wir ihm die Stelle mittheilen, die Paulus bei Skizzirung seines christlichen Gemeinwesens benutzt hat. Bei der Definition des gesunden, d. h. kommunistischen Staates mit dem Prinzipe der Nothwendigkeit und Sittlichkeit als Gottheit sagt Plato: „Derjenige Staat, welcher dem einzelnen Menschen am allernächsten sich verhält, ist der am besten eingerichtete. Wenn Einem unter uns der Finger verwundet ist, dann pflegt die gesammte über den ganzen Leib

sich erstreckende Gemeinschaft desselben mit der Seele es zu fühlen und insgesammt mit einem einzelnen schmerzenden Theile es zu leiden. Wir sagen sodann, daß der Mensch Schmerzen hat am Finger. Ebenso verhält es sich mit jeglichem Anderen am Menschen, sowohl bei Unlust, wenn ein Theil leidet, als bei Lust, wenn Einer sich wohl befindet. Einem solchen Menschen zunächst gleicht der am besten eingerichtete Staat. Wenn Einen unter den Bürgern irgend etwas bewegt, sei es nun Gutes oder Schlimmes, wird ein solcher Staat vorzüglich sagen, das Bewegte gehöre ihm zu, und wird sich also ganz mit freuen oder betrüben".

„Die höchste soziale Idee", Herr Kambli, „das Streben nach einer allumfassenden Gemeinschaft, der alle Menschen als Brüder und Schwestern angehören", ist keine christliche, sondern gleichfalls eine platonische, wie auch dem großen griechischen Weisen „der christliche Grundsatz der Verantwortlichkeit jedes Einzelnen für die Gesammtheit und der Gesammtheit für den Einzelnen, das Prinzip der Consolidarität", „die Harmonie bei Eigenthümlichkeit der Kraft und Bildung" angehört. Bei Plato soll der Mensch werden, „wozu die Natur ihn bestimmt hat, wozu die Kräfte und Anlagen in seinem Wesen liegen, und das ganz". Plato führt zuerst eine der „größten sozialen Thaten des Christenthums" durch, indem er die volle Anerkennung der Frauenwürde ausspricht. Bei ihm giebt es weder Herren noch Knechte noch einen Unterschied der Geschlechter, sondern nur freie gleichberechtigte Genossen, und zwar nicht blos gleichberechtigt im Geist „vor Gott", sondern thatsächlich auf allen Gebieten des menschlichen Lebens, Bettler und Arme finden sich hier nicht. Er ist es, der das „christliche Ideal vom Werthe der Persönlichkeit" zuerst proklamirt, „das jede Schranke, die den Menschen vom Menschen trennt, jede Aristokratie der Geburt des Geldes und Geistes sprengt, Alles überwindet, was den Menschen feindselig seinem Bruder entgegenstellt, ohne darum in jene traurige Gleichmacherei zu verfallen, die durch neidisches Herabdrücken jeder hervorragenden Kraft auf das Niveau der Mittelmäßigkeit eine schlimmere Tyrannei auszuüben sich anschickt, als sie noch nie geübt worden". Er gewährt den Mitgliedern seines Staates die sorgfältigste Pflege eines jeden Talents und wendet der Erziehung des Menschen, der Entwickelung der Charaktere, der Pflege der Sittlichkeit die denkbar größte Aufmerksamkeit zu; bei ihm findet die Freundschaft, welche Herr Kambli nur auf dem Boden des Christenthums gedeihen sieht, ihre idealste Entwickelung. Hier wird „Patriotismus und Bürgertugend zur höchsten Blüthe" gebracht, und als das Ideal menschlicher Freiheit und Glückseligkeit das Handeln aus jener Freude bezeichnet, „welche die Begeisterung für's Schöne erzeugt". Plato ist es endlich, Herr Kambli, der das wahre menschliche Glück in der treuen Pflichterfüllung, im Bewußtsein findet, zum Glück und Wohlergehen der Gesammtheit nach besten Kräften beigetragen zu haben. „Für Andere denken und arbeiten, für Andere sorgen und leiden", das ist die Größe des platonischen Menschen.

Dieser platonische Staat nun, Herr Kambli, dessen bescheidenste Skizzirung Sie als den Höhepunkt der christlich-sozialen Weltanschauung begrüßen, **dieser Staat in seiner höchsten Vollkommenheit ist das Ideal der gemeingefährlichen neidischen Sozialdemokratie geworden**, gegen die Sie — eine unfruchtbare Sysiphusarbeit — aus dem Christenthum Steine heranwälzen, die nicht diesem, sondern ihr selbst angehören, und von ihr als nützliche Bausteine eine gute Verwerthung finden.

Aber, so wird man vielleicht einwenden, wenn Paulus Ideen Platos aufgenommen hat, Ideen, welche dem sozialdemokratischen Zukunftsgebäude zur Basis dienen, dann muß doch auch das Christenthum, wenn es den gleichen Ideen huldigt, die Fähigkeit zum Neubau der Gesellschaft besitzen; es müßte eigentlich schon einen Staat der Liebe errichtet haben.

Herr Kambli theilt uns selbst mit, daß Paulus keinen Versuch zur Nivellirung der sozialen Ungleichheiten gemacht, im Gegentheil Jedermann gerathen, in dem Stande zu beharren, worin er sich befindet. Das Christenthum, dessen Hauptsäule Paulus ist, hat in allen Phasen seiner Geschichte für die Armen und Unterdrückten stets die gleiche Antwort gehabt und ihnen bei jeder Gelegenheit, den christlichen Grundsätzen entsprechend, eingeprägt, daß die christliche Freiheit nur in einer Befreiung des Geistes vom sündhaften Fleische, die Gleichheit nur in einer Gleichheit vor Gott be-

stehe — genau so wie es unser sozialer Apostel Paulus selbst ausgeführt. Wenn Paulus und die auf ihn bauende christliche Kirche die Staatsideen Platos nicht fruchtbringend verwertheten, so lag dies eben einfach daran, daß die dem Christenthum zu Grunde liegenden religiösen Ideen es unmöglich machten. — Die Wege Plato's und die des Christenthums gingen himmelweit auseinander; das Christenthum suchte ein himmlisches, der Grieche ein irdisches Glück der Gesellschaft, das gleiche Verhältniß, wie es noch heute zwischen Religion und Wissenschaft, zwischen Kirche und Sozialdemokratie besteht! — Auf der einen Seite das Streben zum Himmel, die Abwendung von der Kultur, Vernachlässigung und Erstickung ihrer Keime, auf der anderen ein rastloses Ringen nach Veredlung von Kultur und Gesittung, nach Verallgemeinerung derselben, nach einem „menschenwürdigen Dasein für Alles, was Menschengesicht trägt". Nicht genug übrigens, daß die christlichen und sozialen Wege sich trennen, ist das Christenthum sogar in den Dienst der herrschenden, der kapitalistischen Gesellschaftsklassen getreten und hat die „Moral der Interessenwirthschaft", über welche Herr Kambli so lebhafte Klage führt, „bei welcher der Eigennutz die Kardinaltugend bildet", in seinen besonderen Schutz genommen. Die Worte des Paulus vom Beharren in der Pariakaste und das Evangelium von der christlichen Freiheit sind kapitalistische Schlagwörter geworden, womit man das Murren der Armen beschwichtigt, während man „neidlos" wie in früheren Tagen dem Reichthum entgegentritt und seine Verbrechen an der Menschheit mit christlicher Liebe beschönigt oder gar als berechtigt hinstellt.

Herr Kambli will es freilich nicht gelten lassen, daß nach dem Wortlaute des Evangeliums die Knechtschaft eine feierliche Bestätigung durch das Christenthum erhalten, indeß, wer nur auf dem Evangelium fußt, der muß auch ganz abgesehen vom eigentlichen Wesen des Christenthums eine solche Definition seiner christlichen Liebe als berechtigt anerkennen. — Hat das Christenthum nicht auch bis zu dieser Stunde die „Gotteskindschaft" in diesem Sinne aufgefaßt? Spricht nicht der Umstand, daß im Bereiche des Christenthums die Interessenwirthschaft mit ihren Arbeitssklaven und ihrer selbstsüchtigen mitleidslosen Moral sich bilden und zu heutiger schwindelhafter Höhe sich entwickeln konnte, beredt genug dafür, daß das Christenthum die gesellschaftliche Gleichberechtigung nicht kennt? — Beweist dieser Umstand nicht zum allermindesten, daß das Christenthum weder Kraft noch Willen besitzt, der menschlichen Gesellschaft ein harmonisches glückliches Erdenleben zu bereiten? Herr Kambli wird uns mit „entarteten Priestern" kommen, aber ist diese schwindelhafte Entwickelung der Interessenwirthschaft nicht gerade in den Ländern am weitesten vorgeschritten, „wo durch die Reformation jenes Christenthum, das am treuesten auf den Geist des Stifters zurückgeht, den Sieg davontrug"? Wo ist denn im Gebiete der Reformation „um so regerer Eifer geltend geworden, auch das irdische Leben, die äußeren Verhältnisse im Kleinsten wie im Größten durch der Arbeit unwiderstehliche Macht umzugestalten, zu befreien und zu weihen"? Wir finden sie nirgends, wohl aber zeigt sich uns überall dort, wo eine Lockerung des religiösen Verbandes, eine Erschütterung seiner trostlosen Weitauffassung stattfand, ein frischer geistiger Aufschwung, dessen Wellenschlag freilich nicht bis zu den Mauern und Wällen gelangte, durch welche Christenthum und Interessenwirthschaft die Kaste der Parias von der übrigen Welt abgesperrt und noch heute getrennt halten.

Wir erblicken im Christenthum nur das Gegentheil von dem, was Herr Kambli darin entdeckte — die entschiedene Verneinung des Sozialismus, die Bekämpfung jedes Strebens, das die Blicke der Menschen vom himmlischen Jenseits, von der Entsinnlichung und Vereinigung mit der Weltgottheit abwendet und sie auf das irdische Elend, die Abschüttelung unerträglicher Lasten, auf die Verbesserung und Umgestaltung des Schicksals richtet, welches die Interessenwirthschaft ihnen bereitet. Trete Herr Kambli mit seinem Idealismus nur einmal vor das Forum des bestehenden Christenthums; er wird sich schnell überzeugen, daß wir Recht haben.

Was macht es der Verneinung des Sozialismus durch das Christenthum gegenüber aus, wenn auch die Christenheit Sozialisten zeigt! Es sind weiße Raben, deren Ideen ebenso wirkungslos am Christenthum zerschellten, wie der Idealismus Herrn Kambli's zerschellen wird.

(Schluß folgt.) L.

Gegen die Proportional-Vertretung.

Von Max Kayser.

Entgegen den mannichfachen Projekten für eine Proportional-Vertretung will ich eine Lanze für das alte Wahl-System einlegen.

Das Prinzip der Wahl an sich vertritt, je nach der Ausdehnung des Wahlrechts, ein größeres oder kleineres Stück Volkssouveränität, die sich der Autorität gegenüberstellt. Mehrheitswille oder Einzelwille war der Inhalt des ganzen staatsrechtlichen Kampfes der Neuzeit, und schließlich hat in allen Kulturländern die liberal-demokratische Anschauung im Gegensatz zur autoritären obgesiegt. — Bei allen beschränkten Wahlsystemen tritt freilich nur der Klassenwillen hervor, der jedoch von sich behauptet, der Mehrheitswille zu sein, und der alten Autorität tritt auch der Klassenwille mit dem Mehrheitsbeschluß entgegen. Das parlamentarische System ist ja nur der rechtliche Ausdruck für die Geltung des Mehrheits-Willens. Konsequent gefolgert, bedeutet das moderne Staatsrecht vollkommen freies Wahlrecht, um den Mehrheits-Willen des ganzen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Da jedoch im Volke der Mehrheits- mit dem Minderheits-Willen ringt, so soll auch die parlamentarische Vertretung dieses Ringen öffentlich verkörpern durch ein System, welches der Mehrheit Geltung verschafft und der Minderheit Einlaß auf den Kampfplatz des politischen Lebens gewährt, weil die Mehrheit nichts Bestimmtes, sondern der Veränderung fähig ist, einer Veränderung, die sich am Tage der Wahl geltend machen kann. Das System soll also die Parteien nach ihrem Stärkeverhältniß vertreten sehen, — und wie ist das zu erreichen?

Da werden die scharfsinnigsten Vorschläge ausgeklügelt, mit allen möglichen künstlichen Berechnungen, und zuletzt wird man noch bedeutende Mathematiker staatlich anstellen müssen, damit auf Grund höherer Arithmetik die Berechnung geschehe. Im Ganzen sind jedoch die vorgeschlagenen Projekte weder grundsätzlich richtig, noch praktisch durchführbar und dürften gerade die vorgeschrittneren, noch in der Minorität befindlichen, Parteien schädigen. —

In einer parlamentarisch-konstitutionellen oder parlamentarisch-demokratischen Staatsform soll das Parlament das Spiegelbild der Begehrnisse, Sitten, Interessen des ganzen Volkes sein, und es ist doch wohl unmöglich, diese, wie Herr A. B. es wünscht, einer vorgeschriebenen Parteischablone unterzuordnen. Giebt es nun viel kleine Parteien, so wird die Verwirrung eine ungeheuere, und wer weiß, ob wir nicht schließlich solche „Berechnungs-Streitigkeiten", wie sie jüngst bei der Präsidenten-Wahl in Amerika stattfanden, erfahren würden. Herr A. B. will aber nur „große" Parteien, was ich für keinen Segen halten könnte. Solch große Parteien sind dem Fortschritt hinderlich: den Beweis liefern England und Frankreich in der Neuzeit; neue Ideen, die sich bilden und sich organisiren wollen, werden von den „großen Parteien" aufgesaugt.

Da nun aber Herr A. B. sogar will, daß in Deutschland unsere Abgeordneten einen Antrag nach seinem Vorschlag im Reichstag einbringen, so muß man sich doch in Deutschland umsehen; und da kommt in Betracht, daß thatsächlich die vielen Parteien die Stimmungen und Interessen ausdrücken. Wir haben in Deutschland durchaus nicht überall abgegrenzte Interessen, sondern sehr oft verschwommene, besonders verschwommene historische Ueberlieferungen, so daß die Bildung vieler Parteien erklärlich, ein Ausdruck der verschwommenen Interessen und historischen Traditionen ist, wie z. B. rechts in der freikonservativen und links in der Fortschrittspartei zu finden. Es kann auch nicht geleugnet werden, daß es heilsam ist, wenn es vermittelnde Parteien giebt; es ist für die menschliche Wohlfahrt nicht gut, wenn etwa die Gegensätze nur zweier Parteien wie Lokomotiven aufeinanderrennen, und es ist ganz zweckmäßig, wenn

in der Mitte etwas dasteht, was das Zusammenprallen verhindert.

Doch ich kehre zur Grundlage meiner Auffassung zurück. Welchen Zweck haben die Wahlen? Den Mehrheitswillen zu erforschen, dabei aber auch der Minorität Raum zur Bethätigung zu gewähren. Bildete man aber nur einen Wahlkreis, so würde jede Minderheit erdrückt: den Beweis habe ich gerade genug vor meinen Augen gehabt. In Dresden bildet die Commune nur einen Wahlkreis, und was ist der Erfolg? daß nur eine Richtung im Stadtverordneten-Kollegium vertreten ist. Bei der letzten Stadtverordneten-Wahl wurden von unseren Zetteln circa 1800, von denen der Gegner circa 2200 abgegeben; da nun keiner unserer Kandidaten an die niedrigste Stimmenzahl der Gegner heranreichte, so blieben wir unvertreten, während bei einer Bezirkseintheilung wir unbedingt eine gehörige Minorität im städtischen Kollegium hätten. Früher waren in Dresden Bezirkswahlen, und um uns wohl vom Halse zu halten, wurden die Bezirke abgeschafft und nur ein Wahlkörper gebildet. Bei Wahlen, wie bei allen Abstimmungen, gilt mit Recht die größere Zahl, und wenn in den Vertretungskörpern die Mehrheit gilt, so muß auch die beim Wahlakt sich herausstellende Mehrheit die maßgebende bleiben, so wie es konsequent bei den sächsischen Stadtverordneten-Wahlen geschieht. —

Derselbe Zustand auf das Reich übertragen, würde folgendes Resultat haben: Angenommen, es gäbe nur zwei große Parteien, Konservative und Socialdemokraten, die Konservativen erhielten vier Millionen und die Socialdemokraten zwei Millionen Stimmen, so müßten sämmtliche Abgeordnete der konservativen Partei angehören. Ganz ähnlich wäre es, wenn viele Parteien da sind; die Personen, welche die meisten Stimmen haben, sind gewählt. Es ist beim Wahl- und Abstimmungs-Prinzip gar nicht zulässig, daß der Mann, welcher mehr Stimmen erhalten, dem mit weniger weichen soll. —

Auch Herr A. B. will gar keine Personen gewählt wissen, sondern der Wähler soll nur für Grundsätze stimmen und soll es irgend einer Vorsehung überlassen, daß sie ihm die richtigen Personen ausfucht. Es wäre die größte Beeinträchtigung des Wahlrechts des Einzelnen, wenn der Wähler nicht jede Schattirung auswählen und die Person bestimmen könnte, die ihn vertritt. Darin besteht die Souveränität des Wählers, daß er ganz nach Belieben wählen kann. Bestimmte ein Central-Ausschuß die Personen, so wäre dem Coteriewesen Thür und Thor geöffnet, und was versteht Herr A. B. unter Parteibestimmung? — wer sollte die Partei sein? Doch alle Wähler, welche für einen Zettel stimmten, und bestimmten diese die Personen, so ist es das Einfachste, die Personen auf den Wahlzettel schreiben zu lassen; wer die größere Anzahl von Stimmen hat, ist gewählt, und wir sind wieder da angelangt, wo wir waren, bei Unterdrückung der Minderheit. Da man die auf die Person gefallenen Stimmen zählen muß, und da die letzte Person auf dem Majoritätszettel noch mehr Stimmen als die erste auf dem Minoritätszettel hat, so kommt jenes von mir angeführte Facit heraus. Oder aber Herr A. B. denkt sich die Vertretung so, daß überhaupt kein Parlament zusammentritt, sondern ähnlich, wie jetzt im Bundesrath, kommen blos einzelne Parteivertreter zusammen, vielleicht mit Hülfsarbeitern, die nicht ihre persönliche Stimme, sondern die Proportionsstimme abgeben. Dann wäre es aber zu Ende mit der intellektuellen Wirksamkeit der parlamentarischen Körperschaften, und die Schattirungen innerhalb einer Partei wären erdrückt. — Angenommen, es käme der Entwurf zur Beschlußfassung, die Feuerversicherung auf das Reich übergehen zu lassen, so wirft vielleicht der Parteivertreter seine sämmtlichen Stimmen gegen den Entwurf in die Waageschale, während innerhalb der Partei ein Drittel z. B. anders denkt. —

Und nun kommt noch in Betracht, daß es sehr viele Wähler giebt, die gar keiner Partei angehören, die schwanken, und auf die gerade, wie Herr A. B. das ja aus eigener Erfahrung weiß, das persönliche Element Einfluß übt. Diese persönliche Wahl hat den Vorzug, daß jede Schattirung vertreten wird, und es ist gerade eine Eigenthümlichkeit und ein Vorzug des deutschen Geistes und beweist dessen Selbstständigkeit, daß innerhalb großer Grundfarben Schattirungen auftreten; wir sehen das sogar bei unseren wissenschaftlichen Blättern: wie viel Schattirungen sind nicht in der „Zukunft" und „Neuen Gesellschaft" zu finden? —

Das richtigste und zweckmäßigste Prinzip ist das der Bezirkseintheilung. Nach dem parlamentarischen Prinzip kommt da

die Mehrheit im Allgemeinen zur Geltung, allein auch der Minderheit wird Raum, weil, was im Ganzen die Mehrheit ist, in einzelnen Theilen, im Distrikt, im Bezirk die Minderheit sein kann. Im Bezirk können sich die Interessen gruppiren, mögen sie noch so wenige Betheiligte haben. Eine bestimmte Idee knüpft an eine bestimmte Interessengruppe an, zieht von Bezirk zu Bezirk, die Minorität wird größer, kann gar Majorität werden, aber der Bezirk bringt am besten zur Geltung, daß neben dem augenblicklichen wirklichen oder angeblichen Mehrheitsinteresse ein diesem Mehrheitsinteresse sich entgegenstellendes Minderheitsinteresse vorhanden ist. Mit einer Art von Fatalismus kann man sich darauf verlassen, daß ein Ausgleich zwischen den geringen Mehrheiten der gewählten Abgeordneten stattfindet; ich erinnere an die geringen Mehrheiten, welche Gegner der Socialdemokratie über deren Kandidaten errungen, ich erinnere aber auch daran, daß viele unserer Kandidaten gleichfalls nur mit geringer Mehrheit siegten, z. B. 1877 Demmler im Wahlkreis Leipzig-Land.

Um das Bezirkswahlen-System ordentlich auszubilden, müßten die Wahlkreise möglichst klein sein und zusammengehörende Interessen in einem Wahlkreise incorporirt werden. Zusammenhängende Kohlenbergbaugegenden z. B. sollten nicht zerrissen sein, wie wir das in Sachsen sehen, damit die Industrie nicht durch das platte Land überstimmt werden kann; jede etwa vorhandene Corruption müßte beseitigt werden, nicht einmal die Einführung amtlicher Couverts würde genügen, — derselben wäre noch Das zuzufügen, was ich gerade der Auseinandersetzung von A. B. entnehme: die Stimmzettel sollten versiegelt an eine Centralstelle geschickt und dort ausgezählt werden, ohne daß man erfährt, wie viel Stimmen im einzelnen Ort abgegeben wurden. Warum, das möge folgender Fall beweisen. Auf einem Rittergut in Sachsen wurden bei der Reichstagswahl am 10. Januar für den Nationalliberalen nur eine Stimme, für den Socialdemokraten hingegen 40—50 abgegeben. In Folge davon fing der Rittergutsbesitzer eine „Bekehrung" der Tagelöhner an, und bei der Stichwahl waren nur ca. 4 socialdemokratische Stimmen übrig geblieben. Alle solche Verbesserungen finden meine freudige Zustimmung, aber bleibe man nur principiell bei der Bezirkseintheilung.

Es herrscht auch in unseren Reihen der Irrthum, bei Proportionalvertretung hätte die Socialdemokratie eine stärkere Vertretung im Reichstage erlangt. Man sollte doch nicht verkennen, daß, wenn die gesammte Stimmenzahl in Proportionen abgetheilt würde, auch die anderen Parteien mehr Stimmen aufbrächten. Jetzt läßt z. B. der schlesische Rittergutsbesitzer, außer da, wo Klerikale oder Socialdemokraten in den Wahlkampf treten, die von ihm abhängigen Leute am liebsten politisch unberührt, würde wohl aber beim Proportional-System diese alle an die Wahlurne treiben; die Proportion könnte also für uns möglicherweise schlecht ausfallen. Die abgegebene Stimmenzahl ist auch kein genauer Ausweis des relativen Stärke-Verhältnisses einer Partei, bei starkem Wahlkampf werden von allen Seiten mehr Stimmen abgegeben.

Bei Durchführung des Proportions-Systems mit allen möglichen arithmetischen Kunststücken, fürchte ich, würde sich sogar das relative Verhältniß zu Ungunsten der socialdemokratischen Partei wenden, denn man darf nicht vergessen, daß die anderen Parteien Zählkandidaten zumeist nicht aufstellen.

Ich will zum Schluß noch bemerken, daß ich mich deshalb gerade gegen Herrn A. B. wende, weil, nachdem er selbst die anderen Proportional-Systeme widerlegt hat, nur sein System übrig blieb, und, wenn auch das als nicht richtig und vortheilhaft erwiesen ist, ich hoffe, daß man auch unsererseits principiell auf dem Boden der Bezirks-Eintheilung bleiben werde. —

In allen Wahl-Systemen sind Uebel enthalten und eine Beseitigung dieser ist nur zu erwarten, wenn der Grundsatz der Socialdemokratie, die direkte Volks-Gesetzgebung, zum Siege gekommen sein wird.

So lange wir aber nicht dahin gelangt sind, glaube ich, ist es das grundsätzlich Richtigste und Zweckmäßigste, bei vollkommen freiem Wahlrecht — mit Entfernung aller offenen und versteckten Corruptionsmittel — die Bezirks-Eintheilung aufrecht zu erhalten.

Recensionen.

Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Vierter Jahrgang. Herausgegeben von Richard Böckh. (Berlin, Simion, 1878. 229 S.)

E. Eberty. Die Aufgaben der Berliner Communal-Verwaltung und die Erhöhung der städtischen Steuern. (Berlin, C. Heymann, 1878. 29 S.)

Aus dem statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin wird der denkende Leser manches zur Beurtheilung unserer socialen Zustände Interessante erfahren können. Geht er die darin niedergelegten Ziffern nur einigermaßen aufmerksam durch, und hält er sich vor Augen, wie beschaffen dieselben sein müßten, wenn die Verhältnisse der Bevölkerung der großen Stadt durchweg zufriedenstellende sein sollten, so wird er die Differenz zwischen Wirklichkeit und Ideal nur zu sehr merken und, weit entfernt von jenem relativen Optimismus, wie er aus der Broschüre des Herrn Stadtsyndicus Eberty spricht, nach durchgreifenden Mitteln sich umsehen müssen, um bessere Zustände herbeizuführen. — Man gestatte uns, einige dem Jahrbuche entnommene Zahlen hier vorzuführen.

„Die Zahl der Haushaltungen, welche nur aus Familienmitgliedern bestehen (105 783), ist seit der vorigen Zählung um 86 Promille, die der Haushaltungen, welche außer den Familienmitgliedern nur Dienstboten bei sich hatten (32 139), um 186 Promille, derer, welche nur Gewerbegehilfen bei sich hatten (4 618), um 461 Promille, Gewerbegehilfen und Dienstboten (4 308), um 123 Promille gestiegen. . . . . Die Zahl der Familien, die nur aus Verwandten bestehen, machen bei dieser Zählung [1875] $494_{,5}$ Promille aller Haushaltungen aus, bei der vorigen Zählung [1871] $544_{,3}$". (S. 4—5.) Diese Zahlen, welche wir noch durch eine Reihe ähnlicher ergänzen könnten, scheinen uns anzudeuten, daß die Berliner in ihren Wohnungs-Einrichtungen zu einer Art von unfreiwilligen und keineswegs wünschenswerthen Communismus getrieben werden. Das Zusammenwohnen verschiedener, nicht mit einander verwandter Personen in theilweise oder ganz gemeinschaftlichen Haushaltungen wäre selbstverständlich nur dann als gesunder Zustand anzusehen, wenn es nicht wirthschaftlicher Noth seine Entstehung verdankt, sondern aus vollkommen freier Wahl, natürlich auch in Erwägung ökonomischer Vortheile, aber unter voller, nicht durch ökonomische Bedrängniß gehinderter, Rücksichtsnahme auf die Vorzüge des isolirten Familienlebens sich herausgebildet hat. —

„Die Zahl der Ehen ist [1876] gegen das Vorjahr [und die Jahre 1872—1875] erheblich zurückgegangen, steht indeß immer noch über dem Durchschnittsverhältniß der Zahlen vor 1872". (S. 25.)

„Die Folge, welche die Stadttheile [in Bezug auf die Sterblichkeit der Bevölkerung] einnehmen, ist vorzugsweise die der Wohlhabenheit". (S. 44.)

Es betrug z. B. die Kindersterblichkeit in der wohlhabenden Friedrichsstadt $27_{,9}$ Promille der Geburten, sie steigt bis zu $38_{,8}$ Promille in der jenseitigen Louisenstadt, bis $39_{,2}$ auf dem Wedding. Die günstigste allgemeine Sterblichkeitsziffer haben die Stadtbezirke 22 (Pariser Platz), 47 (Bendlerstraße), 16 (Zeughaus), 17 (Akademie), 23 (Leipzigerplatz), 45 (Potsdamerstr.), 49 (Genthinerstr.), 29 (Jägerstraße), 46 (Victoriastr.) u. s. w., d. h. die reichen und vornehmen Stadttheile. Es sind diese Thatsachen weder neu noch merkwürdig, sie verdienen aber recht oft und genau hervorgehoben zu werden, damit die Gegenwart und eine spätere Zeit wissen, daß die Dauer der Lebensjahre heutzutage nicht in geringem Maße von der socialen Stellung abhängt. Wer arm geboren wird, der hat durchschnittlich von vornherein auf ein kürzeres Leben Aussicht, als das Kind reicher Eltern. — „Daß die Wohlhabenheit das erste und durchgreifende Moment für die Verschiedenheit der Sterblichkeits-Verhältnisse ist, ergiebt sich auch aus der Verschiedenheit der Sterbefälle nach der Höhenlage der Wohnungen". (S. 45.) „Man sieht gerade hier, sagt Herr Böckh, nachdem er

das Material zusammengestellt, daß es die mangelhafte Ernährung und die schlechte Beschaffenheit der Nahrungsmittel ist, welche zur Erhöhung der Sterblichkeit in unserer Stadt sehr wesentlich beiträgt". (S. 47.)

Selbstmorde kamen 1876 etwa einer auf 3 000 Einwohner vor.

Viel Charakteristisches zeigen die Tabellen über die Wohnungsverhältnisse. Wir führen aus einer derselben folgende Ziffern an:

Es giebt 34 996 Wohnungen, mit einer Bewohnerzahl von 157 364, welche nur aus 1 heizbarem und 1 nichtheizbarem Zimmer bestehen; 6 784 dieser Wohnungen werden zugleich geschäftlich benutzt; 71 201 Wohnungen mit 253 510 Bewohnern (also mehr als dem 4. Theil der Gesammtbevölkerung) bestehen nur aus einem heizbarem Zimmer; davon werden gleichzeitig 6 773 mit 25 127 Bewohnern geschäftlich benutzt. 2 672 Wohnungen mit 7 427 Insassen bestehen gar aus einem nichtheizbarem Zimmer; 240 derselben werden auch geschäftlich benutzt. — Andererseits standen 14 126 Wohnungen im Miethwerth von 6 211 655 Mark leer. Die Zahl solcher Wohnungen hat sich seit dem Jahre 1873 fast regelmäßig mit jedem Jahre verdoppelt. Bemerkenswerth ist, daß hauptsächlich kleine Wohnungen, bis zu 450 Mark Miethsbetrag leerstehen (ungefähr 11 000), und zwar vorzugsweise in den ärmeren Stadttheilen, wo z. B. auf dem Wedding 174 Promille, der Rosenthaler Vorstadt 104, der jenseitigen Louisenstadt 80 Promille aller Wohnungen leer sind, dagegen in Neu-Kölln, der Friedrichstadt und diesseitigen Louisenstadt, der oberen Friedrichsvorstadt nur je 25 Promille. Mit anderen Worten: eine große Anzahl Familien in den ärmeren Quartieren Berlins wohnt eng zusammen in schlechten Räumen, während leere Wohnungen in Hülle und Fülle vorhanden sind. Ein Wilder würde solche Zustände nicht begreifen, diese Resultate der gerühmten „Ordnung" der heutigen Gesellschaft. —

Wird, wer solche und die weiteren statistischen Darlegungen durchgeht, sich irgendwie vom Optimismus in Bezug auf die socialen Verhältnisse der Stadt Berlin ergreifen lassen dürfen? Es ist ja sicherlich in Berlin, im Verhältniß zu anderen Städten, in den letzten Jahren viel geleistet worden, besonders, wie das Herr Eberty in der oben bezeichneten Broschüre näher ausführt, auf dem Gebiete des Schul- und des Gesundheitswesens. Damit aber halten wir die Aufgaben der Berliner Communalverwaltung, wie die jedes Gemeinwesens, nicht für erschöpft. Das materielle Wohl der Bürger ist eine Sache, die in viel höherem Grade, als dies bisher zum Ausdruck gekommen, Gegenstand der Fürsorge der Verwaltungen und Regierungen sein muß. Es wird eingewandt: woher dazu, selbst wenn der gute Wille vorhanden wäre, die Mittel nehmen? Die Communalsteuern haben an vielen Orten sich in ganz außerordentlichen Proportionen erhöht; einer kürzlich erschienenen offiziellen Zusammenstellung der Gemeindeabgaben in Preußen*) entnehmen wir folgende Zahlen:

Die Gemeindesteuer ist von 1849—1876 gestiegen: in Berlin von 8,16 M. pro Kopf auf 20,67 M. oder um 178 Proc., in Köln von 5,11 M. auf 20,68 M., d. h. um 305 Proc., in Barmen von 6,11 M. auf 13,38, oder um 119 Proc., in Dortmund um 543, Görlitz 396, Duisburg 491, Bromberg 81 Proc. u. s. w. Ist es bei einer solchen Vermehrung der Gemeinde-Ausgaben, die an sich schon, wenn sie so weiter geht, zum Bankerott führen muß, möglich, den Communen noch andere Aufgaben zuzuschieben, als diejenigen, welche sie bisher erfüllten? Möglich ist es, aber nur unter zwei Bedingungen: erstens, daß man ein Steuersystem einführt, welches die Lasten gleichmäßiger vertheilt, zweitens, daß sich unsere Communen entschließen, mit dem jetzigen Wirthschaftssystem zu brechen und auf der Bahn des Gemeinde-Gewerbebetriebes weitere Fortschritte machen. Nicht, um aus diesen Betrieben eine indirekte Steuer zu ziehen, sondern um den Mitgliedern der Gemeinde die Bedürfnisse zu dem billigeren Preise zu liefern, den der Großbetrieb gestattet, ihnen so ihre Ausgaben zu vermindern und sie dadurch steuerfähiger zu machen. Es wäre verdienstlich zu berechnen, um wieviel der Lebensunterhalt durch die große Zahl überflüssiger kleiner Fabrikanten und Gewerbtreibender, Zwischenhändler und Handelsleute aller Art vertheuert wird, welche auf Kosten der Consumenten ihre Person und Familie erhalten, ihr Per-

*) Beiträge zur Statistik der Gemeinde-Abgaben in Preußen. Unter Benutzung amtlicher Quellen bearbeitet von L. Herrfurth, Geh. Reg.-Rath. (Zeitschr. d. kgl. preuß. statist. Bür. 1878. Heft 1.)

sonal besolden, Werkstatts- und Ladeneinrichtungen bezahlen müssen u. s. w.*). Gäbe es in Berlin anstatt mehr als 900 Bäckereien nur eine kleine Anzahl großer Gemeinde-Brodfabriken, deren Dienst in der Stadt ebenso organisirt wäre, wie der Postdienst, so würde ohne Zweifel das Brod bedeutend billiger werden; würde man die Schuh- und Stiefelfabrikation in ähnlicher Weise centralisiren, so könnte es nicht fehlen, daß das Publikum seine Fußbekleidung besser und preiswürdiger erhalten würde, als vordem. Und ähnlich mit allen Zweigen des Handels und der Industrie. Genau wie beim Schutzzoll die Consumenten eine überflüssige Steuer zahlen müssen, die oft nicht einmal irgend Jemand wirklich zu Gute kommt, gerade so legt der heutige Detail-Gewerbebetrieb allen Einwohnern eine Steuer auf — die auch Niemand zu Gute kommt: denn die kleinen Kaufleute und Gewerbtreibenden führen häufig ein durchaus nicht beneidenswerthes Leben. — Nichts steht der Einführung gemeinwirthschaftlicher Einrichtungen gegenüber als das Vorurtheil. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die angeführte Broschüre des Herrn Eberty. S. 20, ehe er von den städtischen Gasanstalten und Wasserwerken spricht, leitet er dieses Thema folgendermaßen ein:

„Wenn ich nun auf jene großartigen städtischen Unternehmungen übergehe, deren Lebensfähigkeit bei ihrem Entstehen ebenso angezweifelt worden ist, als unsere jetzigen neuen Unternehmungen, so werde ich Ihnen Zahlen vorführen, welche den schlagenden Beweis dafür liefern, daß die Stadt durchaus nicht unfähig ist, zum finanziellen Vortheil, zum Wohlsein der Gesammtbevölkerung industrielle Unternehmungen durchzuführen".

„Ich weiß sehr wohl, daß vom Standpunkt des freien Handels und Verkehrs gegen das Auftreten großer Gemeinschaften als industrielle Unternehmer vielfach mit Recht Widerspruch erhoben ist".

„Dagegen ist aber ins Auge zu fassen, daß diese Frage für Communen anders steht wie für den Staat, jene ist eine aus staatlichen und wirthschaftlichen Zwecken gemischte Gemeinschaft, — diesen Charakter trägt der Staat auch an sich, nur mit dem Unterschiede, daß bei jener — der städtischen Gemeinde, — die wirthschaftlichen Unternehmungen einen weit größeren Umfang und eine weit größere Bedeutung haben als bei dem Staat, — und vor Allem auch eine weit größere Berechtigung. Gegenstände allgemeinen nothwendigen Bedarfs für das Leben der Bewohner dürfen — so haben sich uns gegenüber die Staats-Autoritäten ausgesprochen, — nicht in der Privatunternehmung, sei es in welcher Form, monopolisirt werden; ein großes städtisches Gemeinwesen wird bei solchen Unternehmungen nicht in erster Linie finanzielle Zwecke verfolgen, es wird derartige Unternehmungen, was Verzinsung und Amortisation betrifft, auf sich selbst stehen lassen, und darüber hinaus sich ergebende Ueberschüsse werden nicht Einzelnen, sondern doch wieder der communalen Gesammtheit zu Gute kommen".

Ob überhaupt Ueberschüsse gemacht werden sollen, darüber ließe sich streiten. Uns scheint es richtiger, solche indirecte Steuern überall zu verwerfen, die Ueberschüsse den Einwohnern direct, durch billigere Abgabe der Producte, zufließen zu lassen, dagegen aber, wenn nöthig, die directen Steuern zu erhöhen.

Hat Herr Eberty unser Prinzip in obigen Worten schon ziemlich klar zugegeben, so wird es einige Seiten später noch deutlicher, daß die einzige Furcht, die er bei dessen Anwendung empfindet, die ist, für einen Anhänger socialistischer Ideen sich zu halten oder gehalten zu werden. „Daß städtische Schlachthäuser und ein städtischer Viehhof, sagt er S. 23, vernünftig geleitet und bewirthschaftet, nicht blos Verzinsung und Amortisation decken, sondern — insbesondere der Viehmarkt — auch bei mäßigen Tarifen der Stadtkasse Ueberschüsse liefern können, das ist eine durch statistische amtliche Zahlen aller Städte, in welchen derartige Einrichtungen bestehen, festgestellte, und darum von solchen, die sich unterrichten lassen wollen, gar nicht mehr zu bestreitende Erfahrung. Wenn also die Stadt alle solche Unternehmungen und Anlagen selbst in die

*) Es wäre das eine zeitgemäße Aufgabe für das statistische Büreau der Stadt Berlin.

Hand nimmt, so folgt sie hierbei nicht unklaren und in sich unmöglichen Ideen, — wie sie etwa eine gewisse extreme Partei in Bezug auf allgemeine Staatsproduction und Staatshilfe hegt, — sondern sie strebt darnach, communale Einrichtungen und Verbesserungen durchzuführen, die dem Gesammtinteresse in erster Linie dienen, dabei aber in dem Maße, als die Amortisationsperiode zu Ende läuft, eine Quelle des Wohlstandes großer städtischer Gemeindewesen bilden, in deren Besitz sich dieselben befinden". Nun, dem Gesammtinteresse in erster Linie würde es doch sicherlich dienen, wenn die Stadt die Anstalten, welche den nothwendigen Lebensunterhalt ihrer Einwohner bereiten, in eigene Regie übernehmen und so den armen Einwohnern die täglichen Ausgaben verringern, die wohlhabenden in den Stand setzen würde, zu den Communallasten der Stadt ohne Schwierigkeit größere Summen beizutragen. Man sucht überall nach Mitteln, nach Reformmaßregeln, um der Unzufriedenheit der unteren Klassen in heilbringender Weise entgegenzuwirken. Warum will man hier das Gute nicht sehen, wo es doch so nahe liegt? H.

Ernst Engel. Die industrielle Enquête und die Gewerbe-Zählung im Deutschen Reiche und im Preußischen Staate am Ende des Jahres 1875. Vortrag, gehalten in der volkswirthschaftlichen Gesellschaft zu Berlin am 9. Februar 1878. (Berlin, Simion, 1878.)

Der berühmte Statistiker behandelt in der vorliegenden Schrift ein Thema und ein Gebiet, zu dem er, wie wenig Andere, Beruf und Geschick hat. Dennoch können wir, so weit es sich um die Schlußfolgerungen der Schrift handelt, nicht mit ihm übereinstimmen. Allein die Schlußfolgerungen sind auch nur Beiwerk, die sich bei Jedem nach dem social-politischen Standpunkt gestalten werden, den er einnimmt. Die Hauptsache ist das übersichtlich geordnete Zahlenmaterial der Ergebnisse der Gewerbestatistik in Preußen. Das Material der anderen Deutschen Staaten lag zur Zeit noch nicht gesichtet und abgeschlossen vor.

Der Verfasser kritisirt im Eingang seiner Schrift die auf eine allgemeine industrielle Enquête gerichteten Bestrebungen des Centralvereins der Industriellen. Er kann sich für eine solche nicht erwärmen, da diese Enquêten in der Regel nach den bisher gemachten Erfahrungen — für welche er insbesondere die große industrielle Enquête in Sachsen vorführt, die dort im Frühjahr 1848 in Folge des Nothstandes der Jahre 1846 und 1847 vorgenommen wurde — nicht das zu Tage fördern, was sie sollen oder man von ihnen erwartet. In der Regel würden ihre Resultate — wenn sie überhaupt greifbare Resultate böten — erst bekannt, wenn der Nothstand, der sie veranlaßt, vorüber sei und Niemand mehr sich darum kümmere. Diese Ansicht hat sicher viel Wahres für sich, insofern eine solche Enquête von vorn herein nur die Absicht verfolgt, von dem Boden der bestehenden Verhältnisse aus und nicht damit in Widerspruch tretende Aenderungen, etwa in der Handels- und Zollgesetzgebung, oder der Gewerbegesetzgebung vorzunehmen. Und wie die Dinge liegen, ist die Anlegung eines anderen Maßstabes von den leitenden Gewalten vorläufig und noch auf lange hinaus nicht zu erwarten.

Aehnlich verhält es sich auch mit den eigentlichen Gewerbezählungen, die nur in der angedeuteten Richtung und Absicht vorgenommen werden, aber in ihren Resultaten doch auch Material zu weiteren Schlüssen liefern.

Es wäre nun vor allen Dingen nothwendig, daß für solche Gewerbezählungen eine ein für alle Male gültige Erhebungs-Methode innegehalten würde, damit man nach Verlauf mehrerer derselben ein genaues Bild der industriellen und gewerblichen Bewegung des Volkes bekäme. Aber die bei der ersten deutschen Gewerbezählung zu Grunde gelegte Methode hat, wie der Herr Verfasser selbst hervorhebt, ihre erheblichen Mängel und dürfte darum ein anderes Mal in wesentlich anderer Weise vorgenommen werden, wodurch dann wieder ein voll zutreffender Vergleich mit den Resultaten der früheren sehr erschwert wird. Immerhin ist das zu Tage geförderte Material ein höchst interessantes und wichtiges und läßt mancherlei wichtige Schlüsse zu. Im Vordergrund der Erörterung der Resultate einer Gewerbezählung steht ganz naturgemäß die Frage: Wie verhalten sich Klein- und Großbetrieb zu einander? Die Beantwortung dieser

Frage ist nicht leicht, da sich schwer sagen läßt, wo der Großbetrieb anfängt, eine Frage, die ja nicht entfernt für alle Gewerbe gleich beantwortet werden kann. In dem vorliegenden Falle ist sie um so schwerer zu beantworten, da man keineswegs die nöthige Sorgfalt darauf verwendet hat, festzustellen, welche als selbstständig aufgeführte Gewerbetreibende in eigener Wohnung ausschließlich für Rechnung großer Unternehmer arbeiten, deren es bekanntlich eine große Zahl giebt. Auch hat man z. B. als einen selbstständigen Gewerbetreibenden Jeden aufgeführt, der abwechselnd, wie der Tag es bietet, an die verschiedensten Personen seine Arbeitskraft gegen Lohn verkauft. So sind z. B. unter den 1,266,718 sogenannten selbstständigen Gewerbetreibenden, die ohne Gehülfen arbeiten, die in eigener Behausung oder bei ihren Kunden arbeitenden Schneiderinnen, Näherinnen, Putzmacherinnen, Plätterinnen 2c. aufgeführt. Die Zahl dieser einzelnen „selbstständig" thätigen weiblichen Personen beläuft sich allein auf nicht weniger als rund 300,000. Vermuthlich sind auch die Dienstmänner 2c. unter die selbstständigen Gewerbetreibenden gerechnet.

Es leuchtet ein, daß so ein Vergleich zwischen Groß- und Kleinbetrieb sehr schwer ist und kaum in der Weise gezogen werden dürfte, wie ihn der Herr Verfasser gezogen hat. Denn dazu genügt nicht allein die Kopfzahl der beiden Betriebsorte, es muß auch der Produktenwerth in Ansatz gebracht werden, den beide Klassen erzeugen, soll der Vergleich zutreffen, es müssen namentlich auch die mechanischen Motoren, die in Anwendung sind und die Produktivkraft vervielfältigen, in Ansatz gebracht werden. Ueber den Produktenwerth, den Klein- oder Großgewerbe erzeugen, wird sich keine halbwegs zuverlässige Berechnung aufstellen lassen, hingegen dürfte es leicht sein, festzustellen, wie viele von den mechanischen Triebkräften auf das Kleingewerbe und wie viele auf das Großgewerbe kommen. Daß letzteres die gesammte mechanische Kraft fast allein in Anspruch nimmt, dürfte keinem Zweifel unterliegen.

Der Verfasser glaubt ein einigermaßen zutreffendes Urtheil dadurch zu finden, daß er ohne Weiteres annimmt, daß die Gewerbe, die über 50 beschäftigte Personen zählen, erst als Großbetriebe gezählt werden können, ein Urtheil, das in der Praxis sich als durchaus unrichtig erweisen dürfte. Für ein Gewerbe, das allgemein auf niederster Stufenleiter mit bis zu 4 und 5 Personen betrieben wird, ist ein Betrieb mit 10—20 Personen, namentlich wenn dieser, wie es dann in der Regel der Fall sein dürfte, auch mechanische Triebkraft zur Verfügung hat, als ein Großbetrieb und als ein erdrückender Konkurrent der kleinen anzusehen. Wenn wir also festhalten, daß neben der Arbeiterzahl es besonders die Anwendung mechanischer Kraft ist, die für den Großbetrieb entscheidet, und allein die Menge der Dampfpferdekräfte in Betracht ziehen, die 685,559 beträgt und sich im preußischen Staat, excl. Schleswig-Holstein, binnen 14 Jahren um die erstaunliche Ziffer von 385 Procent vermehrt hat, so dürfte kein Zweifel vorhanden sein, daß thatsächlich die Großindustrie der weit überwiegende Faktor in unserer Produktion ist und das Kleingewerbe eine weit geringere Bedeutung hat, als es auf den ersten Blick nach der Zahl der Betriebe scheint. Daß aber, wenn die Steigerung der Anwendung der Dampfkräfte in den nächsten zwei Jahrzehnten in ähnlicher Weise sich entwickelt, wie in den letzten 14 Jahren, das Kleingewerbe nothwendig erdrückt wird, dürfte auch einleuchten.

Auch wird sich das Uebergewicht der Großindustrie für die Produktion und den Nationalreichthum noch viel augenfälliger herausstellen, wenn man aus der Zahl der beschäftigten Personen und Betriebe alle Diejenigen ausscheidet, welche mit der Distribution zu thun haben, also die Handels- und Verkehrs-Gewerbe, die mit wenigen Ausnahmen unter die Rubrik der Kleinbetriebe, bis zu 5 Personen, zu zählen sind. Andere Vergleiche, die alle auf dasselbe Ziel hinausgehen, wird der Leser der Schrift noch mehrfach ziehen können.

Der Herr Verfasser wendet sich schließlich gegen jede Aenderung der Zollgesetzgebung, die er in ihrer jetzigen Art für durchaus zweckmäßig hält, er wendet sich aber auch gegen Diejenigen, welche befürworten, Eisenbahnen u. s. w. dem Staats- oder Communebetrieb zu überweisen, weil er hierin glaubt eine Förderung der socialistischen Ziele erblicken zu müssen; ihm erscheint die Abschaffung des Unternehmer-Gewinns als der „Untergang aller Industrie", als „die Tödtung

der Henne, welche die goldenen Eier legt."

Das ist das gewöhnliche Urtheil aller Derjenigen, die sich so in die heutige Gesellschafts-Organisation hineingelebt haben, daß es ihnen ganz unmöglich ist, sich in Gedanken außerhalb derselben stellen zu können und von da aus den Maßstab ihrer Kritik anzulegen. Wäre das Resultat der socialistischen Bestrebungen das Gefürchtete, so brauchte sich weder Herr Dr. Engel, noch irgend ein anderer Gegner derselben die Mühe zu geben, dieses auszusprechen und davor zu warnen; denn beweisen können sie es nicht, weil sie keine Vorstellung von socialistischer Organisation der Gesellschaft haben oder, besser gesagt, sich eine grundfalsche Vorstellung davon machen. — Die Gesellschaft ist vernünftig genug, nicht mit offenen Augen in einen Abgrund zu rennen und wird im gegebenen Zeitpunkt am besten beurtheilen können, ob die socialistischen Bestrebungen wahnsinnige sind. Die Gesellschaft braucht weder göttliche noch menschliche Vorsehung; sie weiß in jedem Moment ihrer Entwicklung, was ihrem Durchschnittsbedürfniß dient, so wenig dies auch in der Regel den Vorgeschritteneren oder Rückständigeren zusagt.

Indem wir schließlich noch hervorheben, daß die besprochene Broschüre eine Anzahl wichtiger statistischer Tafeln im Anhang enthält, welche sich auf die Produktions-Verhältnisse anderer Länder — England, Oesterreich, Frankreich — zu Preußen beziehen, empfehlen wir dieselbe allen Interessenten, so wenig wir mit dem kritischen Ergebniß des Herrn Verfassers nach verschiedener Richtung einverstanden sind. A. B.

Christoph Wild. Das Neueste über die Socialdemokraten. (Berlin, Bichteler, 1878. 103 S.)

Wir können die vorliegende Broschüre als eine — übrigens gar nicht bedeutende — politische Gelegenheitsschrift der Tagespresse zur Beurtheilung überlassen und hätten dieselbe hier gar nicht erwähnt, wenn nicht an einigen wenigen Punkten der Verfasser sich auch mit den socialistischen Principien befaßte. Er verfällt dabei öfters in den Fehler, den ein unparteiischer oder gar wohlwollender Beurtheiler der Socialdemokratie — der er aber auch gar nicht sein will — niemals begehen wird, ungeschickte Aeußerungen einzelner Socialdemokraten der Partei oder gar dem Prinzip in die Schuhe zu schieben, oder dem oder jenem Ausdruck, welcher zufällig schief aufgefaßt werden kann, auch gleich diese üble Bedeutung beizulegen. So wirft er z. B. in einem „die geistige Arbeit und die Socialdemokratie" überschriebenen Kapitel der letzteren vor, sie trüge der geistigen Arbeit „Neid und offenbare Geringschätzung" entgegen. Die Arbeit der Gelehrten werde von uns für unproduktiv erklärt. Wenn einige unserer Theoretiker — nach Vorgang liberaler Oekonomen, vor Allem Adam Smiths — das gethan haben, so wollten sie damit nur den Unterschied zwischen gelehrter und körperlicher Arbeit feststellen, ohne die Nützlichkeit und Schwierigkeit der ersteren irgendwie zu unterschätzen. Recensent giebt zu, daß der Sprachgebrauch, gelehrte Arbeit als nicht produktive (vielmehr als Dienstleistung), gewöhnliche Arbeit als produktive zu bezeichnen, ein ungeschickter ist, der leicht Verwirrung bringen kann; aber es wäre unrecht, ihn in einem üblen Sinne aufzufassen. — Auch über „Frauenarbeit", „die Landwirthschaft", „Elendsstatistik", „die Steuern jetzt und im Zukunftsstaat" läßt sich Herr Wild noch vernehmen, ohne jedoch irgend etwas Bedeutendes und Widerlegung Erforderndes vorzubringen. Sein Büchlein ist in vieler Hinsicht der Typus jener seichten Broschüren-Literatur, die heutzutage über und gegen die Socialdemokratie von allerlei Leuten geschrieben und verbreitet wird, welche sich als Retter der Gesellschaft aufspielen oder ein Geschäft machen wollen. Daß derartiges Zeug gekauft und gelesen wird, läßt sich nur daraus erklären, daß wirklich bedeutende Schriftsteller nichts Ernstliches gegen den Socialismus schreiben, am Wenigsten sich auf eine theoretische Widerlegung einlassen. H.

Für die Redaction verantwortlich: J. Auer in Berlin.